

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung-Verordn. für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die häufigere Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Ant. L. Nr. 1508
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 7. Juli 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Bivilisation.

Ueber die europäische Bivilisation und über den Kulturwert der Religion hat sich einem Korrespondenten der „Daily News“ gegenüber der leitende Staatsmann Japans, Marquis Ito, dem hauptsächlich die moderne Umgestaltung seines Vaterlandes zu verdanken ist, in folgender sehr bemerkenswerthen Weise ausgesprochen:

„Es ist ein Irrthum zu glauben, wir seien ganz im Bann der westlichen Kultur und hätten unsere eigene Kultur aufgegeben. Japan ist weit von einer Entnationalisierung entfernt, und wünscht seine historische Kontinuität zu bewahren. Das ist für die Japaner um so mehr Pflicht, als sie sehen, daß die europäischen Völker keineswegs besser, sittlicher und edler sind, als die Japaner.“ Dabei wies Ito besonders auf das in Waffen parrende Europa und auf die Bestrebungen der europäischen Völker hin, „einander die Kehlen abzuschneiden“. Aber auch abgesehen davon, macht sich nach Ito's Versicherung die Reaktion gegen das allzu schnelle Vorgehen vor zwanzig Jahren geltend, und die jüngere Generation steht bei weitem weniger unter dem Einfluß westlicher Ideen, als jene, welche damals aufwuchs. In sehr bemerkenswerther Weise äußerte sich Ito über die Frage, ob die Erhaltung der Religion im öffentlichen Interesse liege. Sein englischer Besucher sprach nämlich sein Bedauern darüber aus, daß man es in Japan mit religiösen Bräuchen und dem Glauben nicht sehr genau nehme. Darauf bemerkte Marquis Ito lächelnd etwa folgendes: „Die meisten Japaner ziehen vor, nach Vernunft, Wissenschaft und nach dem, was sie mit ihren Sinnen fassen können, zu leben. Ich habe Duldung für alle Religionen durchgeföhrt, aber ich betrachte die Religion selbst als ganz überflüssig für das Leben eines Volkes. Die Wissenschaft steht über dem Aberglauben, und Religion ist Aberglaube, wie sie sich auch nennen möge, und deshalb ist sie eine mögliche Quelle der Schwäche für eine Nation. Als der große Journalist Fukuzawa vor einigen Jahren für Annahme des Christenthums als Staatsreligion eintrat, habe ich diesem Gedanken erst freundlich gegenübergestanden. Aber ich habe mich schnell davon überzeugt, daß es für einen Staat nicht rathsam sei, sich mit Religion und den tieferen Angelegenheiten der Seele zu befassen. Ich bedauere nicht die in Japan fast allgemeine Neigung zu freierer Gesinnung und Atheismus, weil ich dies nicht für eine Quelle der Gefahr für die Gemeinschaft halte. So lange die Leute erzogen sind, werden sie auch moralisch sein; schon der Eintoismus (eine alt-japanische Weltanschauung) hat gelehrt, daß man auch ohne Beten, lediglich durch sittliches Handeln, den Schutz der Götter erlange.“ Seine Meinung über die Wirkungen der westlichen Bivilisation sagte Marquis Ito dahin zusammen, daß man schon zu fühlen beginne, die letztere sei nicht so schön wie die alte. Sie mache die einzelnen und die Nation unzufriedener, erschwere das Leben, mache es unfrommlicher, minder schlicht und vorwieksler. Sie erschwere überhaupt den Kampf um das Dasein, aber in diesem Kampfe kräftigte sich auch der Nationalcharakter.“

So der leitende Staatsmann von Japan. Wir möchten einmal einen der leitenden Staatsmänner Europa's, z. B. einen deutschen im Gespräch mit ihm sehen und hören, wie er seinem atheistischen Kollegen beweist, daß die dem Christenthum zugethanenen Staaten mit ihren 24 Millionen bis an die Zähne bewaffneten Soldaten und ihren Millionen Prostituirten und den ungezählten Geldsäcken, die 200 Millionen Proletarier ausbeuten, eine höhere Kultur vertreten, als der japanische Atheismus. Herr Ito aber rathen wir, wenn er nach Deutschland kommt, sich sehr vorsichtig auszudrücken. Ähnliche Worte, wie der japanische Staatsmann sie gebrauchte, auf den Krieg angewandt, haben dem Schreiber dieser Zeilen drei Monat Gefängniß eingebracht.

Ja, wir haben es in der Kultur „herlich weit gebracht.“

Die französische Klerisei in Nöthen.

Paris, 8. Juli.
Die französische Geistlichkeit sucht ihren Weg nach Damasus. So lange ein König oder Kaiser an der Spitze des Staates stand, war ihr die Rolle vorgezeichnet: sie diente knechtisch der laiserlichen oder königlichen Mehrheit — einerlei welcher. War diese Mehrheit es doch, die alle Dienste bezahlte, jede Günst vertheilte — kurz, Vortheile bot, deren Genuß aus jeder Hand willkommen.

Aber die Republik des allgemeinen Stimmrechtes brachte den Klerus aus dem Geseise seines alten Dienstverhältnisses, seiner alten Gewohnheiten. Jetzt ist das Volk der Souverän und die Herren Geistlichen wissen nicht, was thun, um die Günst des „neuen Herrn“ zu erlangen.

Zunächst befolgte der Klerus das Beispiel des heiligen Petrus: er verleugnete den alten Herrn und den monarchistischen Glauben. Es ist wahr, die Monarchisten haben den Klerus erbittert und zur Verzweiflung gebracht, indem sie es verabsäumten, die Herren der Lage zu werden. Der eifrigste Bediente kann nicht dienen, wenn er keinen Herrn hat.

Es ist jetzt schon über 25 Jahre her, seit die Republik ausgerufen ward; es gab damals zu viel Leute mit Ansprüchen auf den Thron — und während diese Thronkandidaten sich herumganzten, wer der richtige Herr sei, wuchs die Republik und schlug tiefe Wurzeln. Der Tod war auch so gütig, eiliche dieser Thronkandidaten von der Bühne zu entfernen. Der junge Sohn Napoleons ging nach Afrika und ließ sich dort von den Zulus todtschlagen — er hatte gehofft, aus dem schwarzen Erdtheil, ähnlich wie einst sein Großvater Napoleon I. aus Egypten, mit dem Heiligenschein des Ruhmes zurückzukehren. Der Herzog von Chambord, die letzte Hoffnung der Legitimisten, folgte seinem Beispiel und stieg traurig in's Grab. Dann kam der „rothe“ Prinz Napoleon (Plonplon) an die Reihe, der zwei Sprößlinge als Erben der bonapartistischen Ueberlieferungen hinterließ; und schließlich der Graf von Paris, der Vertreter der Familie Orleans. Jetzt haben bloß noch die Orleans Ansprüche auf den Thron, denn der Sohn des Prinzen Napoleon hat seine Thronfolgerrechte an den Herzog von

Orleans für eine jährliche Pension verschachert. Der junge Herzog von Orleans ist ebenso in der Klemme wie die Geistlichkeit: er ist rathlos. Bleibt er ruhig in der Erwartung, daß der Gott der Kriege ihn wieder auf den Thron seiner Väter setzen werde, so geräth er in Vergessenheit; er muß sich also irgendwie bemerkbar machen, er muß handeln. Aber das Vorgehen eines Prädenten in dieser kapitalistischen Welt, wenn es nicht im Parlament stattfindet, nur lächerlich, und er ist aus Frankreich ausgewiesen. Er versuchte sich gegen dieses Scherbengericht aufzulehnen. Als er mündig geworden war, überschritt er die Grenze und verlangte als Soldat mit den jungen Männern seines Alters in das Heer eingestellt zu werden. Ein Polizeikommissar nahm ihn beim Kragen und ließ ihn ins Gefängniß sperren, wo er sich in den plattesten Aberglauben erging, nur um wieder die freie Luft atmen zu können. Dieser alberne Dunnejungenstreich brachte ihm nur den schönen Spitznamen (Gamello*) ein wegen seines unerfülllichen Appetits — eine Eigenschaft, mit der die Natur alle Mitglieder des Hauses Bourbon erblich belastet hat. Dazu kommt, daß diese Anwandlungen zum Handeln den alten Orleansisten un bequem sind, die nicht wünschen, daß man viel Aufhebens von ihnen mache, und die, nur um mit der republikanischen Regierung in Frieden zu leben, der Meinung sind, ihr König solle weiter in partibus infidelium**) herrschen.

Es blieb also der Geistlichkeit nichts weiter übrig, als sich den Thatfachen zu fügen, die Republik anzubeten, die bis zu diesen Tagen für sie der Gipfel aller Schändlichkeit gewesen war, und das Volk zu umschmeicheln. Doch gerade da liegt der Hofe im Pfeffer. Wie kann man die Günst dieses viel-Millionen-köpfigen Herrschers gewinnen?

Die Massen sahen die Sozialisten an der Arbeit und sie bewerteten deren wachsenden Einfluß auf die Massen. Das war der ersehnte Weg: man mußte es nur den Sozialisten nachmachen! Der Papst gab das Zeichen mit seiner berühmten Enzyklika, und die Pfaffen und Pfräffchen, die sich bisher nur dem Seelenheil des Volkes gewidmet hatten, begannen nun auch um sein leibliches Wohl besorgt zu sein. Sie stiegen zum Volke herab und gingen bebend und zitternd in die öffentlichen Versammlungen, als wenn sie in eine Löwengrube hineinstiegen. Diesen Neophyten (neugeborenen Jüngern) des christlichen Sozialismus oder sozialen Christenthums gelang es aber nicht, die Arbeiter für sich zu gewinnen. Dagegen gewannen sie — ein schlechter Trost für diesen Mißerfolg! — die Ungnade der Arbeitgeber, von denen sie bisher sette Pranden bezogen hatten, um den Arbeitern die Unterwerfung unter die Leiden dieses irdischen Jammerthaales und die Aussicht auf ein allköliches Leben jenseits des Grabes zu predigen. Diese neuen Peter von Amiens***) mit ihren pseudo-sozialistischen Phrasen werden nur den einen Erfolg haben: eine Steigerung des Erfolges der Sozialisten.

Der Papst hat die bedauerlichen Ergebnisse auch wohl er-

*) Gamello heißt auf deutsch: Fatternapf; namentlich die Soldatenschüssel.

**) Lateinisch: in den Erdtheilen, in den Ländern der Ungläubigen. — Der Papst ernannte nach der Entdeckung von Amerika Bischöfe auch für die Landstriche, wo nur Heiden wohnten. Diese Bischöfe hatten natürlich nichts zu thun und ihr Amt war ein bloßer Titel.

***) Der erste Prediger der Kreuzzüge.

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Bei diesem gefürchteten Namen — dem Namen eines der klügsten Männer und des verwegenssten Freiheitskämpfers seiner Zeit — entfarbten sich selbst Martino's Wangen und seine Begleiter stießen einen Schrei des Entsetzens aus.

„Und dieser, mein Kamerad,“ fuhr der Ritter fort, „ist Euch wahrscheinlich besser bekannt, als ich, und Ihr erkennt ohne Zweifel in ihm Rudolf aus Sachsen, ein braver und tüchtiger Mann, besonders, wenn er für seine Dienste ordentlich bezahlt wird.“

„Signor,“ sagte Adrian zu seinem Gegner, der stumm und überrascht die beiden Neuangekommenen mit starren Blicken ansah; „Ihr seid jetzt in meiner Gewalt. Seht! unsere eigenen Leute kommen auch schon!“

Und in der That sah man Fackeln aus dem Palast des Stephan Colonna sich nähern und bewaffnete Männer eilten herbei.

„Geh ruhig nach Hause und wenn Du morgen oder an einem andern Tage allein, Lanze gegen Lanze, wie es ritterlicher Brauch im Reiche ist, mich treffen willst, oder auch Trupp gegen Trupp und Mann gegen Mann, nach römischer Sitte, so wirst Du mich finden; hier ist mein Pfand.“

„Das nenne ich weder gesprochen,“ sagte Monreal, „und wenn Du das letztere wählst, so will ich, mit Deiner Erlaubniß, auch von der Gesellschaft sein.“

Martino antwortete nichts; er nahm den Handschuh auf, schob ihn in den Busen und ging schnell davon; als er jedoch einige Schritte entfernt war, kehrte er sich um, ballte die Faust gegen Adrian und rief mit zitternder Stimme in ohnmächtiger Wuth: „Treu dem Tode!“

Diese Worte waren einer der Sinnprüche der Drifini

und, was auch ihre ursprüngliche Bedeutung sein mochte, seit längerer Zeit zum Sprichwort geworden, um den Haß gegen die Colonna zu bezeichnen.

Adrian, der jetzt beschäftigt war, Irene aufzuheben, und wieder zu sich selbst zu bringen, würdigte seinen Gegner keiner Antwort und überließ es Monreal, ihm zu antworten.

„Ich habe nie geglaubt, Signor,“ sagte jener in kaltem, verächtlichem Tone, „daß Du treu gegen irgend etwas sein könntest, am wenigsten gegen etwas Lebendiges!“

„Entschuldigt, edler Ritter,“ sagte Adrian, indem er emporblickte, „wenn ich mich noch nicht ganz der Dankbarkeit widme. Ich weiß genug vom ritterlichen Brauch, um zu fühlen, Ihr werdet anerkennen, daß meine erste Pflicht mich hierhin ruft.“

„O, also ein Mädchen war die Ursache des Streites, und ich brauche nicht zu fragen, wer Recht hatte, wenn ein Mann als Nebenbuhler mit solcher Uebermacht wie jener Schurke auftritt.“

„Ihr kauft Euch, Herr Ritter; ich habe nur ein Damm vor dem Wolf gerettet.“

„Für Deinen eigenen Schmauß. Meinnetwegen!“ entgegnete der Ritter schallhaft.

Adrian lächelte und schüttelte verneinend mit dem Kopf. Er war in der That etwas verlegen wegen seiner Lage. Wenn er auch ein Liebhaber des schönen Geschlechts war, so wollte er doch die Uneigennützigkeit seines Benehmens nicht verkannt wissen, und auch — denn es war seine Absicht, sich bei dem Volke beliebt zu machen, — den Auf, den er unter den Bürgern seinem Muth zu verdanken haben würde, nicht dadurch beseden, daß er Irene, deren Schönheit er noch nicht bemerkt hatte, in seine eigene Wohnung bringen ließ, und doch blieb ihm für den Augenblick nichts anderes übrig. Sie gab kein Zeichen des Lebens von sich. Er konnte weder ihre Verwandten, noch ihre Wohnung. Benedetta war verschwunden. Er konnte

das Mädchen nicht auf der Straße lassen; er konnte sie keinem anderen anvertrauen; und als sie jetzt an seinem Busen lag, war sie ihm, in dem Bewußtsein des Schutzes, das dem menschlichen Herzen so wohl thut, schon theuer geworden. Er theilte daher denen, die sich jetzt um ihn versammelt hatten, in kurzem die Ursache des Kampfes mit und befahl den Fackelträgern, ihm nach Hause zu leuchten.

„Ihr, Herr Ritter,“ sagte er, indem er sich an Monreal wendete, „werdet, wenn Ihr nichts Ungenehmeres zu gesagt habe, mich als Gast beehren.“

„Ich danke, Signor,“ antwortete Monreal, „auch ich habe meine eigenen Angelegenheiten. Auf Wiedersehen! ich werde Euch bald wieder aufsuchen. Ich wünsche Euch eine süße Nacht und angenehme Träume!“

Die ungeheure Ausdehnung Roms und die geringe Bevölkerung machten manche Straßen ganz verlassen. Der Adel konnte daher lange Reihen von Gebäuden theils gegen die Feinde in seinem eigenen Staube, theils gegen das Volk befestigen; die zahlreichen Verwandten und Klienten wohnten in der Nähe und bildeten so zu sagen kleine Höfe und Städte für sich.

Die Wohnung Adrian's befand sich dem Palast Stephan Colonna's, seines mächtigen Anverwandten, fast gerade gegenüber. Die schweren Thore wurden, als er ankam, geöffnet, er stieg die breite Treppe hinauf und trug seine schöne Last in ein Zimmer, welches sein gebildeter Geschmack mit einer für jene Zeit ungewöhnlichen Pracht ausgestattet hatte. Alle Statuen und Büsten waren aufgestellt, lombardische Tapeten zierten die Wände und bedeckten die schweren Stühle.

„Holla! Richter her und Wein!“ rief der Geneschall. „Laß uns allein,“ sagte Adrian, als er auf die bleichen Wangen Irene's blickte, von deren Schönheit er jetzt bei dem hellen Licht sich überzeugte — und eine süße, doch leidenschaftliche Goffnung beschlich sein Herz.

(Fortsetzung folgt.)

faunt, und den Herren Geistlichen befohlen, ihren reformistischen Kreuzzug einzustellen und in ihre Sakristei zurückzukehren, wo sie ihre Gebete verrichten sollen, damit sie den wahren Weg wiederfinden. Sie glaubten ihn gefunden zu haben, als Boulanger erschien, getragen von der Begeisterung der Menge. Allein ihre Hoffnungen zerplatzten bald wie Seifenblasen — der Messias ist aus wie Schafleder.

Von den Lebenden gelächelt, klammerte die Geistlichkeit sich an die Toten. Boulanger hatte den Chauvinismus erweckt und zur Weisheit gebracht. Hier glaubten sie das Heilmittel gefunden, das zum Ziel führe. Sie verwandelten sich in wütende Patrioten. Der Klerus nahm zur Schutzpatronin die Jungfrau von Orleans, welche die Engländer geschlagen hatte, und er wollte Jeanne d'Arc (die Jungfrau von Orleans) heilig sprechen, nachdem er sie vor 465 Jahren als Kegerin verbrannt hatte. Jeanne d'Arc genüge den Herren Geistlichen nicht — sie organisierte die vierzehnhundertjährige Feier Chlodwig's, des Gründers der Monarchie und des neuen Frankreichs, der im Jahre 496 zum Christentum übergetreten war.

Doch mit den Toten waren sie nicht glücklicher als mit den Lebenden. Es gelang ihnen nicht, die Massen mit Jeanne d'Arc und Chlodwig zu begeistern — der Kreis der Getreuen erweiterte sich nicht; und wieder waren die Herren Geistlichen genötigt, ihren mehr lärmenden als ernstlichen Eifer durch Geld und Geschenke anzufeuern.

Was machen? Alles mißglückte; die frommen Herren Geistlichen gerieten in unchristlichen Zorn. Und heute ist es nicht mehr ein Kreuzzug für Sozialreform, wofür sie schwärmen, sondern ein Kreuzzug für die Wiederherstellung der Professionen, damit sie von der Straße Besitz ergreifen, die das Gesetz ihnen verboten hat.

Sie benutzten den Frohnleichnamstag, um öffentliche Umzüge in Roubaix, Votiers und anderen Städten zu veranstalten — trotz des Widerspruchs der Maires, die keine Straßenprozeffionen dulden wollten. An verschiedenen Orten haben die Freienden Gegen-Demonstrationen gemacht und es ist dabei zu regelrechten Straßenschlachten gekommen.

Die Professionen sind nicht zum Vorteil der Klerisei ausgefallen und sie haben den armen Melne in eine sehr schlimme Lage gebracht. Das Ministerium, das nur von der Gnade der Geistlichkeit lebt und das man deshalb Pfaffen-Ministerium genannt hat, war gezwungen, die Geistlichen, welche mit den Professionen das Gesetz verlegt hatten, in Disziplinarstrafe zu nehmen und ihnen den Gehalt zu entziehen. Freilich, dieser Kulturkampf ist zum Lachen, aber er ist das einzige Resultat, das die Geistlichkeit mit ihrem Professions-Spektakel erringen wird. Wie es scheint, schickt Gott seinen Dienern nicht mehr den Geist der Erleuchtung, denn sie begehen Fehler über Fehler. Gallus.

Politische Uebersicht.

Berlin, 6. Juli.

Das Ergebnis der gestrigen belgischen Wahlen ist im Augenblick, wo wir dies schreiben, nur sehr unvollständig bekannt. Es handelte sich gestern — das muß zunächst festgestellt werden — nicht um eine allgemeine Neuwahl der zweiten Kammer, sondern nur um eine Theilwahl, und zwar um die Befegung von im ganzen 77 Sitzen, wovon auf Brüssel allein 18 Mandate entfallen. Bisher hatten die Sozialisten 36 Mandate in Händen bei im ganzen 152 Mitgliedern der zweiten Kammer.

Die Wahlagitation war eine sehr lebhaft, bis zum entscheidenden Moment sich stetig steigende. Während die Liberalen bloß an die Behauptung ihres arg geschwächerten Besitzstandes dachten, lag — und liegt, denn die Entscheidung ist noch nicht gefallen — der eigentliche Kampf zwischen den Liberalen einerseits und den Sozialisten andererseits, mit welcher letzteren sich in Brüssel die Radikalen verbündet haben.

Ueber die Ergebnisse der gestrigen Schlacht liegen folgende Telegramme vor:

Brüssel, 5. Juli. In Belgien haben heute 77 Neuwahlen zur Repräsentantenkammer stattgefunden. Nach den bis jetzt vorliegenden Zahlen dürfte es in Brüssel zur Stichwahl zwischen den von den Radikalen und den Sozialisten gemeinsam aufgestellten Kandidaten und den 18 Liberalen Kandidaten kommen, welche bis jetzt die Sitze inne hatten und wieder als Kandidaten aufgestellt wurden.

Brüssel, 6. Juli. Die Wahlen für die Repräsentantenkammer haben am 4. Juli folgendes Resultat gehabt: In Namur sind die ausgeschiedenen Radikalen und Liberalen wiedergewählt worden; ebenso in Dinant 2 Radikale mit 3000 Stimmen Mehrheit gegen die vereinigten Liberalen und Sozialisten. In Philippeville ist eine Stichwahl zwischen 2 Radikalen einerseits, 1 Liberalen und 1 Sozialisten andererseits erforderlich. In Marche ist der Minister des Auswärtigen mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. In Bastogne und Neufchâteau sind die Radikalen wiedergewählt worden. In Arlon ist an die Stelle eines ausgeschiedenen Liberalen der Radikale Graf Limburg getreten. In Birton ist der ausgeschiedene Radikale Vorand wiedergewählt worden. In Nivelles hat eine Stichwahl zwischen Radikalen und Sozialisten stattgefunden; es handelte sich hier um den Erfolg von drei ausgeschiedenen Liberalen und einem Radikalen. In Antwerpen war die Wiederwahl der Radikalen schon beim ersten Wahlgang gesichert. In Brüssel kam es zu einem erbitterten Kampf; es hat eine Stichwahl zwischen 18 ausgeschiedenen Radikalen einerseits und 18 vereinigten Radikalen und Sozialisten andererseits stattgefunden. In Brüssel erhielten durchschüttlich die Radikalen 88 000, die vereinigten Sozialisten und Radikalen 71 500, die gemäßigten Liberalen 40 500 Stimmen. Das Ergebnis der Stichwahlen in Brüssel hängt wesentlich von der Haltung der gemäßigten Liberalen ab. Wenn die Stichwahlen in Brüssel, wie wahrscheinlich ist, für die Radikalen günstig verlaufen, dann wird die Zusammensetzung der Repräsentantenkammer nicht wesentlich verändert werden.

Dies ist jedoch nicht wahrscheinlich. Die Liberalen, so milchwässerig sie sonst sein mögen, haben gerade den Radikalen gegenüber — wie das ja auch in Deutschland eine Eigenschaft des Aler-liberalismus ist — sich in einen grimmigen Zorn hineingearbeitet, so daß nicht anzunehmen ist, daß sie für die Radikalen stimmen werden. Wohl aber werden viele von der allgemeinen Volksstimmung zu den Sozialisten und Radikalen hinübergerissen werden, so daß der Sieg dieser in der Stichwahl sehr wahrscheinlich ist.

Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg — sagt ein französisches Sprichwort. Und nichts so aufstrebend. Und der Erfolg der Sozialisten in der gestrigen Wahlschlacht war außerordentlich, über alles Erwarten groß — darin stimmen alle Berichte überein.

Das Hauptereignis des Tages — wird einem hiesigen liberalen Blatt aus Brüssel telegraphirt — ist das riesige Anwachsen des Sozialismus, welches selbst die ärgsten Pessimisten nicht erwartet hätten.

„Pessimisten“ ist köstlich! „Pessimismus“ nennt dieses liberal-fortschrittliche Blatt es in seiner Sozialistenangst, daß man eine Niederlage der Pfaffen erwartet!

Wie doch bei starken Aufregungen das eigentliche Gefühl zu tage bricht! —

Die italienische Regierung steht mit der französischen wegen Abbruch eines Handelsvertrages in Unterhandlung. Da dies eine Annäherung Italiens an Frankreich bedeutet, so ist wohl in dieser Thatsache der Grund für die plötzlich entstandene Dreibundpolemik zu suchen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ und die „Nationalliberale Korrespondenz“ sind über Liebknecht's Agitationsbericht sehr ärgerlich, weil er ihren Lügen betreffs seiner englischen Reise ein Ende macht. Und — sie lägen weiter. Der Bericht sei eine „Entschuldigung“, daß Liebknecht während der Reichstags-Session gereist. Aber im Bericht steht doch ausdrücklich, daß Liebknecht die Pfingstferien zur Reise benutzte. Thatsächlich hat er bloß ein paar Sitzungen veräumt und für diese hatte er Urlaub. Er habe „in England sein eigenes Vaterland zerfleischt“! Und warum dieser Vorwurf? Weil Liebknecht „nicht in der Lage gewesen, die schlechte Meinung, die man im Ausland von dem offiziellen Deutschland hat, zu widerlegen“. Ja, das ist doch nicht Liebknecht's Schuld.

Und endlich thut die „Nationalliberale Korrespondenz“ fast verwundert, daß Liebknecht aus seiner Reise kein „Geschäft“ gemacht, keinerlei pekuniäre Vortheile gezogen. Aber verschiedene Blätter, insbesondere auch beide „Korrespondenzen“ hatten dies ja in der perfidesten Weise behauptet!

Vaslio war ein anständiger Kerl, verglichen mit diesen zwei Stützen der „Religion, Ordnung und Sitte“.

Die Frauen Karl's des Großen. Bei Gelegenheit der Beratung des Eheparagrafen des Bürgerlichen Gesetzbuches hatte am 26. Juni Genosse Bebel auf die ausgedehnten ehelichen Beziehungen des Kaisers Karl, den höfische Geschichtsschreiber den Großen zubenannt haben, mit den Worten angepielt:

„In dieser Zeit, im tiefen Mittelalter, kam bei den Deutschen die Ehe zu stande ohne kirchliche Einwirkung... Sonst wäre es z. B. ganz undenkbar, daß ein so großer, bedeutender und um die Ausbreitung des Christentums vom Standpunkt der Kirche so außerordentlich verdienstvoller Mann wie Karl der Große zeitweilig sechs Frauen zugleich haben konnte. (Lurche.) M. H., das ist ein historisch beglaubigtes Faktum. Daß das möglich war, lag in den Zeitverhältnissen.“

Diese historische Bemerkung ist nun der „Germania“ sehr unbehaglich, denn der Frankenkönig und römische Kaiser Karl hat sich seiner Zeit um die Kirche sehr verdient gemacht. Bewährte er sich doch damals als ein glänzender Vorkämpfer für Religion, Ordnung und Sitte, indem er bei Werden 4500 gefangene heidnische Sachsen niedermeßeln ließ. Das ultramontane Blatt sucht deshalb Bebel's historisches Argument durch eine Darlegung zu entkräften, die man lesen muß, um ihre köstliche Sophistik vollauf würdigen zu können. Die lautet:

„Mit diesem historischen Faktum“ hat es indes eine eigene Bewandnis, denn diese Behauptungen Bebel's widersprechen den wirklich geschichtlichen Thatsachen. Für oberflächliche Urtheiler mag allerdings im Leben Karl's des Großen die größere Anzahl von Frauen Anstoß erregen, aber unrichtig ist es, daß Karl der Große 6 Frauen zugleich gehabt hat; Karl der Große hatte sich nicht „simultan“ oder „polygamisch“, sondern „successiv“ mit ihnen verbunden, und wenn er nach dem Tode der einen Frau schnell eine neue Ehe einging, so lag das allerdings in den Zeitverhältnissen nicht nur, sondern auch in den persönlichen Verhältnissen Karl's des Großen, der bei seiner häufigen Abwesenheit im Kriegslager — während seiner 46-jährigen Regierung hatte er 33 Feldzüge — auf eine einseitige und gewissenhafte Leitung für seine zahlreiche Familie bedacht war.“

Allerdings führt Einhard in seiner Vita c. 18) mehrere Frauen Karl's des Großen als „concupinae“ auf, aber wie in Bebel's und Belle's Kirchenzeitung (II. Auflage, Band IX, S. 167, 168) überzeugend nachgewiesen ist, darf der Ausdruck „concupina“ bei Einhard nicht im modernen Sinne aufgefaßt werden. Der Ausdruck ist vielmehr zu nehmen im Sinne des altromischen Rechts, welches unterschied zwischen conjugium aequale (ebenbürtige Ehe) geschlossen mit allen gesetzlichen Formen und Bedingungen, und inaequale (unebenbürtige Ehe): Verbindung mit einer Frau niederen Standes, ohne Freierlichkeit, ohne Erbrecht der Kinder. Die Kirche adoptierte beide als gültige Ehen. Voraussetzung war jedoch: 1. ut uterque esset solutus, 2. fides mutua, 3. conjunctio usque ad mortem. — Karl selbst erließ im Kapitular v. 789 Nr. 67 die Vorschrift: nec vir aliam (uxorem) accipiat vivente uxore prioris. Daß war damals anerkanntes Kirchenrecht, welches Karl der Große ebenfalls als verbindlich anerkannt und sicher befolgt hat. Ist doch durch die Himmilstube, die Einhard als „concupina“ aufführt, vom Papst als „conjug legitima“ (legitime Gattin) bezeichnet worden, und aus dem innigen Verhältnis Karl's des Großen zu allen seinerzeitigen Päpsten und zu so vielen eifrigen Bischöfen, Rebten und Priestern, aus Karl's Eifer für Ernst, Sittlichkeit in jeder Form, daraus endlich, daß kein gleichzeitiger Autor ein Wort des Tadels für sein eheliches Leben gesagt hat, geht für den unparteiischen Historiker deutlich genug hervor, daß es auf einem Mißverständnis beruht, wenn Bebel behauptet, Karl der Große habe „zeitweilig sechs Frauen zugleich gehabt.“ Herr Abg. Bebel wird das bei einem eingehenderen Studium selbst finden und anerkennen müssen.

Liefert dieses Sophisma nicht eine treffliche Selbstwiderlegung des ultramontanen Blattes? Zunächst wird feierlich erklärt, daß Karl nicht auf einmal, sondern nur schnell nach einander sechs eigentliche Frauen geheiratet hat. Dann muß das Blatt eingestehen, daß er auch noch Konkubinen (Rebweiber) gehabt. Aber dieses Zugeständnis könnte ja den frommen Engros-Schlächter in den Augen heutiger Christen diskreditiren. Da wird denn ungenirt zugegeben, die Rebweiber seien keine eigentlichen Rebweiber, sondern mit päpstlichem Segen so nebenbei angetraute Rebweiber gewesen, so daß einer der Päpste die schöne Himmilstube conjux legitima, legitime Gattin, benamen konnte.

Indem der Advokat Caroli noch ausdrücklich hinzusetzt, daß diese legitimirten lesbischen Beziehungen des frommen Königs durchaus im Geiste der Zeit gewesen seien, beweist er thatsächlich alles, was Bebel behauptet hatte. Für tiefinnige theologische Spekulationen bliebe nur noch die interessante Untersuchung übrig, ob so ein vom Papste eingesegnetes königlich-kaiserliches Konkubinatum auch ein „Sakrament“ gewesen ist. Wir sind recht gespannt auf das Ergebnis einer solchen Untersuchung. Vorläufig können wir der „Germania“ die Anerkennung nicht versagen, daß sie mit der Weißwaschung des allerchristlichsten Kaisers und Königs Karl eine ebenso glänzende Leistung vollbracht hat, wie der protestantische Pastor Schall mit der Rettung des frommen Philipps von Hessen.

Chronik der Majestätsbeleidigung • Prozeffe. In Frankfurt (Main) standen am 4. Juli vor der Strafkammer des

Landgerichts der 28 Jahre alte Steinmetz Georg Wech von dort und dessen 27 jährige Ehefrau Susanna geb. Streber, angeklagt der Beleidigung des deutschen Kaisers. Obwohl die Zeugen den Eindruck machten, als ob ihre Aussagen mit ihrer Nachsicht gleichen Schritt hielten, so schenkte das Gericht ihnen dennoch Glauben und verurtheilte den Angeklagten Wech wegen Majestätsbeleidigung zu drei und seine Ehefrau zu zwei Monaten Gefängniß.

Deutsches Reich.

— Prinz Hohenlohe (der Sohn seines Vaters) hat einen Glückwunsch aus dem Elsaß wegen seiner Reichstagsrede zum Gewerbegesetz mit einem Dankschreiben beantwortet, in dem es heißt: „Jedenfalls bei dieser Gelegenheit der immer mehr um sich greifenden Tendenz, die Gewerbefreiheit, wie überhaupt die individuelle Freiheit des Einzelnen einzuschränken, entgegenzutreten bin, glaube ich übrigens nichts als meine Pflicht als Volksvertreter gethan zu haben, welcher doch nach der Reichsverfassung der Vertreter des gesamten Volkes sein soll und nicht dazu da ist, um Gesetze zu gunsten einzelner bestimmter Kreise im Staate zu machen. Die Angriffe, welche ich dafür von einzelnen Seiten erfahren habe, werden mich nicht abhalten, auch in Zukunft, wenn ich es für nöthig halte, meiner Ueberzeugung in dieser Richtung Ausdruck zu geben. Was die vom Reichstage beschlossene Novelle betrifft, so wird es an den Interessenten selbst sein, vom Bundesrath durch eingehende Darlegung ihrer Lage für diejenigen Branchen, welche durch die beschlossenen Beschränkungen geschädigt werden, wenigstens durch Ausnahmen und Erleichterungen zu erlangen, für den Fall, daß der Bundesrath den beschlossenen Bestimmungen seine Zustimmung erteilt.“

Das ist ja, was die Stellung zur Gewerbegesetz-Novelle anbetrifft, eine ganz vernünftige Ansicht. Interessant wird sie eigentlich aber erst dadurch, daß der Vater Hohenlohe jenes Gesetz als Reichskanzler eingebracht hatte und nachher einer Deputation erklärte, er begreife auch nicht, weshalb man das Detailreisen verbieten wolle.

— Die gänzliche Zerfahrenheit der sogenannten freisinnigen Vereinigung hat sich auch bei der Hasenfrage im Reichstage gezeigt. Die „Freisinnige Zeitung“ theilt darüber mit: „Bei der Abstimmung über die Erschließung für Hasenschaden hat Abgeordneter Maager nicht allein aus der freisinnigen Vereinigung gegen die Erschließung für Hasenschaden gestimmt. Die freisinnige Vereinigung hat sich bei der Abstimmung vielmehr neutralisirt, indem eben so viel Mitglieder für wie gegen die Erschließung für Hasenschaden stimmten.“

Einig sind die um Nichter nur, wenn es gilt, für Freihandel und Militarismus einzutreten. Sonst laufen sie auseinander wie die Hasen.

Löwenberg i. Schl., 5. Juli. Nach amtlicher Feststellung erhielten bei der am 4. Juli stattgehabten Reichstags-Erswahl im Wahlkreise Löwenberg i. Schl. von 9255 abgegebenen Stimmen Rektor Kopsch (fr. Vp.) 4504, Graf Kottik-Jobten (L.) 4498 Stimmen. Es ist somit Stichwahl erforderlich.

Für den sozialdemokratischen Jährländkandidaten, der in vorstehender Depesche erwähnt wird, muß die Mehrzahl der übrigen 163 Stimmen abgegeben sein. Verglichen mit der Wahl 1893 haben die Freisinnigen 108 Stimmen gewonnen, die Konservativen 658 Stimmen verloren und die Sozialdemokraten die auf ihre Jährländkandidatur abgegebenen Stimmen ungefähr verdoppelt. Also auch in Löwenberg hat die Reaktion eine Schlappe erlitten, während die Freisinnigen besser abgeschnitten, als bei den übrigen Nachwahlen.

— In Glogau hat sich in der Kaserne auf der Kasernenstraße der Unteroffizier Kowowski von der 8. Kompanie mit seinem Dienstgewehr erschossen. Als Motiv für diesen verbrechene Gerüchte. Seine verschuldete Note wird als Hauptursache für den Selbstmord des Unteroffiziers angegeben.

— Ausgewiesene Opfer der Staatsraison in Schleswig-Holstein. Weil „lästig gefallen“ sind durch Beschluß der Regierung zu Schleswig aus dem preussischen Staatsgebiete folgende Personen ausgewiesen worden: Marquardsen, Christian Jensen, geb. 19. Novbr. 1863 zu Nyborg auf Föhnen, Dänemark; Hansen, Jens Peter, Kutscher und Arbeiter, geb. 19. Dezbr. 1863 zu Odense, Dänemark; Mittelsen, Martinus, Fingelarbeiter, geb. 5. Januar 1860 zu Fugelsjüng bei Grnoa in Jütland; Christensen, Christen Hansen, 26 Jahre alt, aus Kopenhagen, stämmlich dänische Staatsangehöriger, ferner Kjølberg, Karl, Arbeiter, 48 Jahre alt, aus Nürghäls in Schweden, schwedischer Staatsangehöriger; Johanson, Peter, Arbeiter, 35 Jahre alt, aus Högby in Schweden, schwedischer Staatsangehöriger; Frank August Bernhard, Dienstknecht, geb. 16. Juli 1869 zu Christianopol Karlskrona in Schweden, heimathsberechtigt ebendasselbst; Wennerich, Karl Heinrich Ludwig, Arbeiter, geb. 20. Juni 1842 zu Hamburg, hamburgischer Staatsangehöriger; Bodt, Wilhelm Heinrich, Schneider, geb. 2. Oktober 1858 zu Travemünde, lübedischer Staatsangehöriger.

Jubel! Patriotenberg: Fest steht und treu die Wacht am baltischen Meer!

— Die Wahlfreiheit mit Strafanndrohung für ihre freie Ausübung ist ein Kennzeichen der gesammten Wahlen. So wird aus Stargard (Westpreußen) der Berliner „Volks-Zeitung“ gemeldet: „Der hiesige Landrath Hagen entließ plötzlich den Bureaubeamten Thielas. Thielas hatte bei den letzten Wahlmänner-Ergänzungsahlen im Wahlkreise Stargard-Dirschau-Berent seine Stimme dem polnischen Wahlmann Baranowski gegeben.“

Ein solcher Eingriff in das Wahlrecht wird nach alter Erfahrung der Sache der Verfolgten zu gute kommen.

Strasburg i. El., 4. Juli. In der heutigen ersten Sitzung des neuen Gemeinderaths wurde mit 31 Stimmen beschlossen, den früheren Bürgermeister Bad wiederum zur Bürgermeisterwürde vorzuschlagen. 8 Stimmzettel waren unbeschrieben.

— Die Wahl des Genossen Wueb in Mülhausen i. E. zum Stadtrath haben die Gegner angefochten. Es wird darüber aus Mülhausen berichtet: Die neue Gemeinde-Ordnung hat hier einen interessanten Rechtsstreit veranlaßt. Es handelt sich um nichts geringeres, als um die Frage: Ist der Reichstags-Abgeordnete und neuernannte Stadtrath Wueb in den Gemeinderath wählbar oder nicht? Nach § 31 der Gemeinde-Ordnung sind wählbar die wahlberechtigten Einwohner der Gemeinde, insofern sie daselbst zu einer der vier direkten Steuern veranlagt sind. Nun hat Wueb bisher eine solche Abgabe nicht entrichtet und die Gegner waren klagend bei der Hand, hieraus seine Nichtwählbarkeit herzuleiten. Wohl verschwiegen sie nicht, daß Wueb seine Steuererschuldung beantragt habe, aber so spät allerdings, daß die Aufnahme in die Rolle erst für den 1. Juli geschehen konnte, während er, um wählbar zu sein, schon am Tage seiner Wahl, also 21. Juni, Steuern entrichtet haben mußte. Wueb bestritt die Richtigkeit dieser Ansicht. Er beruft sich auf § 28 des Gesetzes vom 21. April 1882, welcher dem Steuerpflichtigen das Recht einräumt, innerhalb dreier Monate vom Tage der Auslegung der Steuerrollen an dagegen zu reklamiren, daß er in die Rolle nicht aufgenommen wurde. Diese Reklamation sei von ihm zur gehörigen Zeit eingereicht und bereits als berechtigt anerkannt worden, demnach wäre er steuerpflichtig per Juni und hätte somit auch die gesetzlichen Bedingungen für seine Wählbarkeit erfüllt. Die behördliche Ent-

*) Kulturkampf ist ein französisches Wort geworden.

Scheidung wird in den nächsten Tagen erwartet. Wird die Wahl Wuebs laßt, so rückt an seine Stelle der nichtgewählte Kandidat mit der höchsten Stimmzahl, und das wäre in diesem Falle abermals ein Mitglied der hiesigen sozialdemokratischen Partei.

Ein Telegramm aus Straßburg vom 6. Juli meldet, daß der Bezirkspräsident von Ober-Elsass habe die Bestätigung des Reichstags-Abgeordneten Wuebs als Mitglied des Gemeinderaths von Nülshausen verweigert, weil Wuebs keine Steuern zahle.

Von den Opfern der Explosion in Mex sind bisher sechs gestorben. Vier sind bereits unter ungeheurem Traurigkeit zur Ruhe befristet worden. Der Gemeinderath von Mex hat an die Militärverwaltung ein Gesuch gerichtet, daß die sämtlichen Artilleriedepots in der Stadt und in der nächsten Umgebung beseitigt und daß keine neuen mehr errichtet werden.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 6. Juli. Einem Gerücht zufolge spekulierte der Bischof Szasz an der Spitze mit dem seiner Verwaltung unterstellten Kirchenvermögen. Letzthin sollte er einen Verlust von einer halben Million gehabt haben. Diefür wurde in der jetzt in Klausenburg unter Vorsitz des Barons Wauffy tagenden Hauptversammlung des evangelisch-lutherischen Kirchenbistums eine Interpellation eingebracht. Bischof Szasz gab nacheinander die Erklärung ab, daß die in den Blättern aufgetauchten Meldungen über die finanziellen Angelegenheiten der reformierten Kirche unwichtig seien. Von Vorwissen sei keine Rede. Der Kirchenbistums habe mit effektiven Werthen Konversionen durchgeführt, aus welchen der Kirche großer Gewinn erwachsen sei. Redner stellte hierauf die Vertrauensfrage. Präsident Klemen verkehrte den Bischof des unveränderten Vertrauens. Schließlich wurde einstimmig ein Beschlus angetragen, durch welchen dem Bischof und dem Direktionsrath das Vertrauen ausgesprochen wird.

In Eisenburg fand gestern unter dem Vorsitz des Grafen Nikolaus Moriz Esterhazy eine Volksversammlung der katholischen Volkspartei statt. Im Gefolge des Grafen waren zahlreiche katholische Geistliche. Es konnte kein einziger Redner zum Sprechen kommen, da die Versammlung von Gegnern der Volkspartei vollständig auseinander gesprengt wurde.

Frankreich.

Jaurès als Verteidiger des Herrn Meline — das hätte sich der arme „Bater der Broterhebung“ gewiß nicht träumen lassen. Und doch ist's traurige Wahrheit. Um so traurigere Wahrheit, weil Jaurès den unglücklichen Ministerpräsidenten gegen die heftigen Angriffe seines besten Freundes, des Panamisten Rouvier, verteidigen mußte. Rouvier zum Feind und Jaurès zum Verteidiger — grausamer konnte Meline nicht gestraft werden.

Er war übrigens so tapfer, die Rentensteuer nicht zurückzugehen. Zwischen ihm und Meline ein neues Unglück passiert. Er wurde gestern von — Casimir Perier, dem verachteten Sozialistenführer, gelobt!

Flaissières, der sozialistische Maire von Marseille, ist vor dem neuen Straßpräfekt der Rhonemündungen nicht zu Kreuz gekommen. Als dieser „scharfgemachte“ Herr bei dem neuen Empfang, der nach der Absetzung des vorigen Präfekten sich notwendig machte, dem Genossen Flaissières verweisen wollte, politische Wünsche auszudrücken, erwiderte ihm der Maire von Marseille:

„Wir wahren ausdrücklich unser Recht, die Wünsche und Forderungen unserer Wähler der Regierung und den Regierungsvertretern kund zu thun.“

Und Herr Floret, der neue Straßpräfekt, hörte dies sprachlos an und — steckte es ruhig ein.

Herr Meline weiß nun, daß man Sozialisten nicht bange machen kann.

Italien.

Rom, 4. Juli. Im weiteren Verlaufe der Sitzung setzte die Deputiertenkammer die Generaldiskussion über den Gesetzentwurf betreffend die Einsetzung eines Zivilkommissars in Sizilien ohne Zwischenfall fort und vertagte die Weiterberatung auf Montag. Am Schlusse der Sitzung erklärte Ministerpräsident Marchese di Rudini in Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Imbriani, die von der „Agenzia Stefani“ veröffentlichte Note über seine Andeutungen in betreff des Dreibundes in der Kammer Sitzung vom 1. d. Mts. sei von ihm eigenhändig verfaßt worden, weil es seine Pflicht gewesen sei, seine Worte in ihrer einzig wahren Bedeutung wiederzugeben, nachdem er erfahren habe, daß man seinen Worten, mit denen er auf die Ausföhrungen Fortis erwidert habe, eine Deutung gegeben habe, die weder er noch Fortis noch sonst jemand in der Kammer denselben gegeben habe. Rudini fügte hinzu, wenn die Kammer seinen Erklärungen den Sinn beigelegt hätte, wie es irrtümlich andere gethan hätten, dann hätte sie (die Kammer) wahrscheinlich nicht die ähneren Politik der Regierung gebilligt, was sie doch gethan habe. (Allseitige Zustimmung.) Imbriani erwidert, deutschen und österreichischen Blätter zufolge scheine der Dreibund bis zum Jahre 1908 verlängert zu sein. Redner spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung hierüber keine Erklärungen abgeben wolle. (Lärm.) Der Präsident erteilt verschiedene Ordnungsrufe. Die Sitzung wird geschlossen.

Ueber den Dreibund dauert die Polemik fort. Rudini hat einem Freund telegraphirt, der Dreibund „gewährte die italienischen Interessen in ihren allgemeinen Linien und auch im Mittelmeer“; und Crispi hat irgendwohin telegraphirt, der Dreibund sei „eine heilbringende Wohlthat“.

Auch das Papier, auf das er geschrieben ist, kann unter Umständen „eine heilbringende Wohlthat“ sein.

Spanien.

Madrid, 4. Juli. Deputiertenkammer. Silvela, der Führer der konservativen Dissidenten, verliest eine Erklärung als Antwort auf die Thronrede. Er spricht der Regierung seine Anerkennung aus für ihr kriegerisches Vorgehen, tadelt jedoch ihre politische Apathie auf Kuba. Silvela bedauert, daß die Regierung nicht versucht habe, um Spanien aus seiner isolirten Stellung zu bringen, und fordert Maßnahmen zur Hebung des moralischen und politischen Sinnes im Lande.

Rußland.

Judenverfolgungen. Der bereits telegraphisch erwähnte Bericht der „Daily News“ aus Odessa über eine Judenverfolgung in dem Städtchen Ryzabich im Gouvernement Kiew enthält noch folgende Einzelheiten:

Ein Offizier, dessen Rang nicht angegeben wird, hatte in der Umgebung der Stadt gejagt und kehrte bei seiner Rückkehr ins Lager in einer von einem Juden gehaltenen Kneipe der Stadt ein. Er ließ sich ein Glas Schnaps geben und setzte sich, offenbar ermüdet, an den einzigen im Zimmer befindlichen kleinen Tisch, an dem ein russischer Bauer saß, der gerade seine Mahlzeit beendet. Anstatt sich ruhig auf dem ihm hingestellten Stuhl zu setzen, schritt der Offizier auf den Bauer zu und schimpfte in den gemeinsten Ausdrücken, weil derselbe sich nicht erhoben und der kaiserlichen Uniform nicht den gehörigen Respekt erwiesen habe. Der Bauer erwiderte höflich, daß er nicht verpflichtet sei, jeden Offizier zu grüßen, da er nicht Soldat sei. Daraus griff der Offizier den Bauer in brutaler Weise an, indem er mit seinen Fäusten den Kopf und die Brust desselben bearbeitete. Der Bauer leistete keinen Widerstand, sondern versuchte aus der Kneipe heraus zu kommen. Das setzte den Offizier noch mehr in Wuth und in wenigen Minuten war der Bauer bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen; Kopf und Gesicht desselben waren blutüberströmt. Der

jüdische Gastwirth fürzte sich jetzt auf den Offizier, um ihn zurückzuhalten und erklärte ihm, daß er kein Recht habe, den Bauern anzugreifen. Der Offizier drohte zuerst, den Wirth niederzuschleichen, fürzte dann aber plötzlich hinaus mit der drohenden Bemerkung, daß er gründlich Rache an dem Juden und seinem Volke nehmen werde. Er eilte darauf ins Lager und machte gegenüber seinen Untergebenen und den unter seinem Kommando stehenden Soldaten einige Bemerkungen, gab einem Unteroffizier und ungefähr 100 Mann Befehl, sich sofort in die Stadt zu begeben und den jüdischen Einwohnern eine „gründliche Lektion“ zu erteilen, wobei er es den Soldaten ganz freistellte, in welcher Weise sie die Jüchtigung vornehmen wollten. Sechs Stunden später waren alle jüdischen und viele von Christen bewohnten Häuser zerstört oder geplündert. In den Straßen lagen zerbrochene Möbel, verheiratete Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt, mehrere Personen sollen getödtet und viele verwundet worden sein.

Der gewaltthätige Offizier und seine Soldaten sollen später gefangen nach Kiew abgeführt worden sein. Den Provinzblättern wurde verboten, etwas über die Affäre zu veröffentlichen.

Türkei.

Konstantinopel, 4. Juli. Infolge der Mittheilung der Porte, daß sie die von den Mächten gewünschte Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Aufständischen auf Kreta anbefohlen habe, sowie auf Ersuchen der Porte um Intervention der Konsuln auf Kreta haben die Botschafter die Konsulate in Kanea angewiesen, die Epitropie (Aufsichtsbehörde) zu verständigen, daß die Zugeständnisse der türkischen Regierung den Anträgen und Intentionen der Mächte entsprechen und daß die Mächte für mehr nicht eintreten könnten. Die Epitropie möge die Konzeptionen annehmen und an der Beruhigung mitwirken. Auf Wunsch der türkischen Regierung und mit Ermächtigung der griechischen Regierung bildete der griechische Generalkonsul in Kanea eine Kommission von fünfzehn Notabeln, welche sich in die Bezirke Kissamo, Selino, Kydonia und Apolorona begab, um die Bevölkerung über die Lage aufzuklären und die Deputirten zu einer versöhnlichen Haltung sowie zum Erscheinen auf dem Landtage zu veranlassen. Der Erfolg erscheint fraglich. Gerüchweise verlautet in Kanea, die Porte sei der Revision des Vertrages von Halepa nicht abgeneigt.

Wie verlautet, will die Mehrheit der kretensischen Delegirten, daß die Versammlung des Landtages nicht im Regierungsgebäude, sondern im Gemeindehause tage, und will ihre Wünsche nur dem Wali vorlegen, um sodann abzureisen. Es handelt sich um folgende Forderungen: 1. Ernennung eines christlichen Wali im Einverständnis mit den Mächten auf bestimmte Zeitdauer mit administrativer Machtvollkommenheit, Unterstellung des Militärkommandanten unter den Wali, Neubestellung der Beamtenstellen auf der Insel und Ertheilung von Sanctionsrechten für das Budget und die Landtagsbeschlüsse; 2. Kontrollrecht des administrativen Rathes über die Landeseinnahmen; 3. Reorganisation der Rechtspflege durch ausländische Fachmänner; 4. Verwendung sämtlicher Einnahmen der Insel für die Ausgaben derselben; 5. Aufhebung des Landtages, Gesetze zu dekreiren und zu verändern mit Ausnahme der Fundamentalartikel des organischen Statuts; 6. Neubildung der Gensdarmrie aus Eingeborenen der beiden Glaubensbekenntnisse. Aus diesen Forderungen geht hervor, daß die Intervention der Konsuln schwierig und infolge der herrschenden Erregung und der aufgelauchten Mehrforderung deren Erfolg unsicher ist. Unter den in der türkischen Garnison stehenden Arabern soll infolge Soldrückstandes eine Meuterei ausgebrochen sein, zu deren Verwältigung eine Aenderung in der Truppenstationierung erforderlich sein wird.

In Amfissa (Kleinasien) sind, einem Gerüchte zufolge, geringfügige Unruhen ausgebrochen.

Das armenische Komitee erließ ein Rundschreiben, welches besagt, daß es infolge der von den Behörden ausgehenden Unterdrückungen und Ausschreitungen gegen die Armenier nunmehr den Kampf mit allen Mitteln beginnen werde.

Afrika.

Massanah, 3. Juli. General Baldissera ist gestern an Bord des „Vincenzo Florio“ nach Italien abgereist. Das erscheint wie ein Beweis, daß alle Operationen der Italiener in Abyssinien ausgegeben sind.

Aden, 6. Juli. Aus Djibuti wird gemeldet, daß dort in der vergangenen Nacht Graf Konstantin Wersowij, der im Auftrag eines Komitees römischer Damen nach Abyssinien gereist war, um den italienischen Gefangenen Unterstützungen zu überbringen, plötzlich gestorben ist.

Amerika.

Chicago, 4. Juli. Unter den Delegirten für die bevorstehende demokratische Konvention, soweit sie Silberanhänger sind, scheint eine starke Neigung zu Gunsten der Aufstellung des Senators Teller als demokratischer Präsidentschaftskandidat zu herrschen. Teller, welcher Republikaner ist, ist aus der republikanischen Konvention wegen deren Annahme der Goldplante ausgeschlossen. Die Goldleute scheinen hier keine Fortschritte zu machen.

New-York, 4. Juli. Während der Feier der Unabhängigkeitserklärung in „Tammany Hall“ wurde ein Brief des Präsidenten Cleveland verlesen, in welchem derselbe erklärt, die freie Silberprägung dürfe nicht in das demokratische Programm aufgenommen werden.

Guaymas. Nach einem Telegramm aus Guaymas hat der provisorische Präsident von Ecuador, General Alfaro, die Aufständischen unter General Vega vollständig geschlagen.

Rio de Janeiro, 5. Juli. Gestern Abend platzte vor einem Spielhause eine Dynamitbombe, worauf das Haus von bewaffneten Personen angegriffen wurde. Eine Anzahl Personen wurde getödtet und verletzt. Man glaubt an ein Einverständnis der Polizei.

Partei-Nachrichten.

Der Bürgermeister Suchland in Luckenwalde ist unseren Parteigenossen nicht mehr unbekannt. Er bemühte sich in letzterer Zeit ganz besonders, den staatsgefährlichen Ideen der Sozialdemokratie nachzuspüren. Daß ihn dabei nicht immer das Glück hold war, können wir ihm nicht besonders zur Last legen, er theilt dieses Schicksal mit manchem anderen tapferen Kämpfer. Daß ihm bei seiner Vielseitigkeit und seinem geschäftlichen Eifer auch ein großer Irrthum unterlaufen kann, davon giebt folgender interessante Rechtsfall Kunde: Herr Suchland war in einem Verwaltungsstreitverfahren, das zwischen ihm und dem Konsumverein in Luckenwalde schwebte, als Zeuge geladen aber nicht erschienen, trotzdem ließ nachträglich eine Liquidation von 81 Mark Forderungsbühren ein, die auch von der Gegenpartei gezahlt wurde. Nunmehr wurde aber in bezug auf diese Forderung eine Klage wegen unrechtmäßiger Bereicherung angestrengt, die in erster Instanz zur Freisprechung des Beklagten führte, weil das Gericht annahm, Herr Suchland habe wohl die Weise nach Berlin gemacht, aber nur den Termin versäumt. Dadurch, daß von der Gegenpartei die Zeugengebühren gezahlt wurden, mit der Absicht, Herrn Suchland später zu denunciren, könne eine unrechtmäßige Bereicherung nicht gefunden werden u. s. w. Da nun die Annahme nahe lag, daß Herr Suchland überhaupt nicht zur Wahrnehmung des Termins nach Berlin gereist war, so wollte man ihn unter seinem Eid fragen, wie sich die Sache verhalten habe. Jedoch soweit kam es nicht — Herr Suchland zahlte freiwillig die 81 M. und damit hat die für Suchland gewiß sehr heikle Geschichte ihr Ende. Den

glimpflich Ausgang der Sache hat der Herr Bürgermeister nur der sehr milden Auffassung des Richters zu danken; dagegen dürfte sie sicherlich zur Erhöhung seines Ansehens beitragen.

Wie es in Deutschland mit der Versammlungsfreiheit bestellt ist, darüber geben wieder zwei interessante Notizen der „Schleswig-Holsteinischen Volks-Zeitung“, die eine vom 3., die andere vom 5. d. M. datirt, einen Beleg. Sie lauten:

„Versuchte Lokalahtreibung? Heute Abend soll in „Sophienhöhe“ wiederum eine Volksversammlung abgehalten werden, nachdem, wie unseren Lesern bekannt, die letzte Versammlung unter einem so unglaublich wichtigen Vorwande aufgelöst worden war. Nachdem nun der Wirth auch noch die Thürschlüssel hat verändern lassen, scheint man in Wön in Verlegenheit um einen neuen Auflösungsgrund zu sein. Das heißt, es scheint so, denn wir wollen durchaus nicht positiv behaupten, daß der Oberwachmeister, welcher gestern dem Wirth von „Sophienhöhe“ seine Anwartsung machte, einen Auftrag von vorgesehener Stelle ausgerichtet. Der Oberwachmeister äußerte sich nämlich dahin, daß dem Wirth daraus, daß er sein Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen herbeige, leicht allerhand Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten erwachsen könnten, auch werde er wohl wissen, daß ihm nach dreimaliger Bestrafung die Konzession entzogen werden könne. Der Wirth entgegnete hierauf nur, daß er als Wirth auf den Besuch von Gästen angewiesen sei und deshalb allen Schichten und Kreisen gerecht werden müsse. — Wir sind nun doppelt gespannt darauf, wach neuen Auflösungsgrund bis heute Abend der polizeiliche Scharfsinn erfinden haben wird.“

Wiederum aufgelöst wurde die am Mittwoch Abend nach Sophienhöhe einberufene Volksversammlung. Nach vollzogener Bureauwahl machte der Vorsitzende, Genosse Seegen, darauf aufmerksam, daß wir ungeachtet der vielen Auflösungen von Versammlungen und von der Einberufung neuer Versammlungen nicht abhalten lassen würden. Die behördlichen Maßnahmen seien nur ein Ansporn zu neuem Kampf, wie die heutige so zahlreich besuchte Versammlung beweise. Als nun der Vorsitzende dem Genossen Kläß das Wort zu seinem Referat erteilte, erhob sich der überwachende Beamte, ein Gendarm aus Wön, und erklärte die Versammlung für aufgelöst, da das Lokal den polizeilichen Vorschriften nicht genüge. Die Anfrage, welche Mängel am Lokal denn zu rügen seien, blieb von dem Beamten unbeantwortet. Die Maßnahmen der Behörden sind um so unbegreiflicher, als es sich hier um ein noch fast neues Lokal handelt, in dem öffentliche Tanzlustbarkeiten ohne jede polizeiliche Einmischung stattfinden. Nun ist aber doch allgemein bekannt, daß dieselben Vorschriften, welche für öffentliche Versammlungen gelten, auch für Lustbarkeiten Gültigkeit haben. Oder aber ist etwa durch landräthlichen Eingriff die Regierungsverordnung vom 30. November 1889 außer Kraft gesetzt worden? In letzterer Verordnung, welche zweifelsohne noch heute in Schleswig-Holstein Gültigkeit hat, wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Lustbarkeiten den Versammlungen gleichzustellen sind. Auch vermochten wir bislang an dem Lokal nichts zu entdecken, was den Bestimmungen der betr. Verordnung zuwiderläuft. Wahrscheinlich fehlt uns der nöthige Scharfsinn. Nun, wir werden schon Gelegenheit nehmen, uns diesen Scharfsinn durch die Regierung in Schleswig offenbaren zu lassen. Im übrigen haben wir gegen die Auflösungen der Versammlungen herzlich wenig einzuwenden, insofern dieselben für die sozialdemokratische Partei außerordentlich gut agiren. So wird die Polizei unfeindlicher Agitator der „Umsturzpartei“.

Den die Wöter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit, sagten die alten Römer.

Ein Parteitag für das Herzogthum Gotha fand am vorigen Sonntag in Gotha statt. Auf demselben waren 22 Orte vertreten. Genosse Boel erstattete Bericht über die Thätigkeit des Gothaischen Landtages. Der Parteitag erklärte einstimmig seine Zufriedenheit mit der parlamentarischen Thätigkeit des Genossen Boel. Die Vergrößerung des Gothaischen Volksblattes und zugleich Abschaffung des „Postillon“ wird nach kurzer Debatte mit allen gegen eine Stimme angenommen. Als Delegirte zum deutschen Parteitag wurden die Genossen Wolf-Lambach und Schander-Ohrdruf gewählt. Ein dritter Delegirter soll später von den Genossen in der Stadt Gotha ernannt werden. Die Wahl eines Vertrauensmannes ergiebt die Wiederwahl des bisherigen Vertrauensmannes August Hildebrandt. In bezug auf die Entsendung eines Delegirten nach London wurde beschlossen, sich mit den anderen Wahlkreisen Thüringens zur gemeinschaftlichen Absendung eines Delegirten für Thüringen in Verbindung zu setzen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Ein recht sonderbares Strafmandat wegen Verunreinigung der Straße konnte vor kurzem das „Hamburger Echo“ seinen Lesern als Kuriosum mittheilen. Die Polizei hatte nämlich in der Anwendung eines gewissen Feinlichkeitsgeföhls, was in anbetragt der Hamburger Verhältnisse allgemein auffallen dürfte, in dem Wegwerfen der von den Kellnern vertheilten Flugblätter eine Verunreinigung der Straßen erblickt. Die Achtung vor der Umsticht der Polizei wird aber noch gewaltig steigen, wenn die Bevölkerung erfährt, daß die hochheilige Behörde durch die Konstitution der nicht auf die Straße geworfenen Flugblätter auch Vertheilungen beseitigte. Dem Rechtsvertreter der Kellner, Herrn Dr. Sufe, ist nämlich ein „Der Rath und Abtheilungs-Vorstand (gen.) Dr. Roscher“ unterfertiges Schreiben zugegangen, mit der Mittheilung, daß ihm „anlegend die Flugblätter, welche seinerzeit vor dem Heitmannschen Lokale vertheilt sind“, ausgehändigt würden, „nachdem die durch Vertheilung dieser Exemplare hervorgerufenen öffentlichen Verkehrsstörungen beseitigt sind.“

Zum besseren Verständnis sei bemerkt, daß die Kellner in dem Flugblatt die Gründe darlegten, die zur Sperre über das Heitmann'sche Lokal führten. Beide Maßnahmen entbehren nicht eines gewissen humoristischen Beigeschmacks. Man sieht aber, welche Kunstgriffe eine freibare Behörde, die ihren Eifer im Kampfe gegen die Sozialdemokratie bekunden möchte, anwendet, um die Beweise ihrer staatsbehaltenden Thätigkeit zu liefern. Daß die Deutschen dabei möglichst ungeschickt zu Werke gehen, ist nie für uns zum Nachtheil gewesen.

Affessor Wehlan

vor dem kaiserlichen Disziplinarhof.

Aus Leipzig wird uns vom 6. Juli berichtet: Wie erinnerlich, wird Affessor Wehlan, der Anfang 1892 vom auswärtigen Amte als Attaché des Gouverneurs v. Zimmerer nach Kamerun gesandt wurde, beschuldigt, verschiedene Grausamkeiten gegen Aufständische in Kamerun begangen, außerdem wegen verhältnismäßig geringer Vergehen sehr harte Strafen gegen die Bewohner des deutschen Schutzgebietes verhängt, Gesandnisse durch Prügelstrafe und zwar zumeist unter Anwendung der Blaupendelpeitsche erpreßt und endlich wegen Nichtzahlung von Privatschulden die Prügelstrafe angewendet zu haben.

Aus diesem Anlaß wurde die Klage wegen Disziplinarvergehen gegen Wehlan erhoben. Letzterer hatte sich deshalb am 7. Januar d. J. vor dem kaiserlichen Disziplinarhof in Potsdam zu verantworten. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Legationsrath Rofe, beantragte die höchste zulässige Strafe, d. i. die Dienstentlassung des Angeeschuldigten. Der Gerichtshof erachtete den Angeeschuldigten für schuldig, seine Amtspflichten verletzt zu haben und erkannte deshalb auf Verurteilung in ein anderes Amt mit gleichem Range und auf 500 Mark Geldstrafe. Der Vorsitzende des Gerichtshofes, Landgerichtspräsident Pompeius, begründete das Urtheil ungefähr folgendermaßen: „Wenn auch betreffs der Behandlung der

Eingeborenen in Kamerun keine Gesetze vorhanden waren, so hätte der Angeeschuldigte doch sich diejenigen Gesetze als Grundlage dienen lassen müssen, die allen gebildeten Völkern zur Richtschnur dienen. Der Gerichtshof hat in dem Urtheile, daß der Angeeschuldigte dem August Bell durch Verabreichung von 60 Dieben ein Geständnis erpreßt hat, eine Amtsverletzung erblickt. Dasselbe Vergehen hat der Gerichtshof darin gefunden, daß der Angeeschuldigte den Agatje so lange hat schlagen lassen, bis dieser den Fehler genannt hat. Es mußte dem Angeeschuldigten bekannt sein, daß er eine derartige Exzessivität zur Erlangung eines Geständnisses nicht ausüben durfte. Bezüglich der Züchtigungen des Agatje und des Gosti hat der Gerichtshof keine Amtsverletzung gefunden, da diese der Disziplinalgewalt des Angeeschuldigten unterstanden. Dagegen hat der Gerichtshof in der Behandlung des Dolmetschers Gledi eine Amtsverletzung erblickt. Die Tödtung der drei Gefangenen an sich war keine Amtsverletzung. Der Angeeschuldigte befand sich im Kriegszustande und hatte als Führer für die Sicherheit seiner Truppe zu sorgen. Dagegen war die Art der Ausführung eine Grausamkeit, die eine Amtsverletzung in sich schließt. Der Angeeschuldigte sagt: Er habe den Befehl gegeben, die Gefangenen zu tödten, aber nicht mittels Pulver und Blei. Es wäre jedoch Sache des Angeeschuldigten gewesen, die Tödtung zu überwachen. In dem Gespräch betreffs der Skalpierung hat der Gerichtshof nur ein beiläufiges Gespräch gesehen. Endlich hat der Gerichtshof in der Verhängung der Prügelstrafe wegen Nichtbeitreibung von Privatschulden eine Amtsverletzung erblickt. Der Angeeschuldigte mußte als Richter wissen, daß er in Fällen, wo kein öffentliches Interesse vorlag, zur Verhängung der Prügelstrafe nicht befugt war. Bei der Strafmaßbestimmung hat der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte ein pflichttreuer Beamter war und daß er jung und unerfahren nach Kamerun ging und endlich, daß er unter Aufsicht des Gouverneurs v. Zimmerer stand, dessen Pflicht es gewesen wäre, die Handlungen des Angeeschuldigten zu überwachen und seinen Amtsübertretungen entgegenzutreten. Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof nicht auf die härteste Strafe, sondern so, wie geschehen, erkannt. Wegen dieses Urtheil hat der Vertreter des Auswärtigen Amtes, Legationsrath Hofe Vernung eingeleitet. In der Begründung derselben führt Legationsrath Hofe an, daß die Handlungen des Angeklagten eine solch milde Strafe, wie von der Disziplinar-Kammer zu Potsdam erkannt, nicht rechtfertigen. Die Schwere der Vergehen erfordere die Verhängung der höchsten zulässigen Strafe. Er beantragte daher, das Urtheil der Disziplinar-Kammer vom 7. Januar d. J. aufzuheben und auf Dienstentlassung zu erkennen.

Infolge dessen hat sich Wehlan heute vor dem kaiserlichen Disziplinarhof hier selbst zu verantworten. Wehlan heißt mit Vornamen Alwin Karl. Er ist am 12. November 1860 zu Stotthoff in der Niederlausitz geboren und evangelischer Konfession. Er ist der Sohn eines Landwirths. Bis zu seinem 14. Lebensjahre besuchte er die höhere Knabenschule zu Lübbenau und alldam das Friedrich-Wilhelms-Gymnasium zu Stotthoff, auf dem er 1882 das Abiturientenexamen machte. Er studirte alldam in Berlin Rechts- und Staatswissenschaft und wurde im Jahre 1885 Referendar. Als solcher arbeitete er auf dem Amtsgericht zu Lübbenau, auf dem Landgericht zu Stotthoff und zuletzt auf dem Kammergericht zu Berlin. Während seiner Referendarzeit genügte Wehlan als Einjährig-Freiwilliger seiner Militärpflicht. Er ist Reserve-Offizier des Leib-Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm III. Im Jahre 1890 machte Wehlan die große Staatsprüfung. Im Jahre 1891 trat Wehlan als Hilfsarbeiter ins Auswärtige Amt ein und wurde von diesem im Februar 1892 nach Kamerun gesandt. Am 7. März 1892 traf er in Kamerun ein und verblieb daselbst bis zum 12. August 1893.

Die Verhandlungen finden in einem sehr eleganten Parterresaal des Reichsgerichts-Gebäudes statt.

Den Vorsitz des Disziplinarhofes führt der Chef-Präsident des Reichsgerichts, Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Dehlschläger. Als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungirt Regierungsrath Professor Dr. v. Buri. Justizrath Hüny (Potsdam) ist am Erscheinen verhindert, an dessen Stelle führt Rechtsanwalt Bogens (Leipzig) die Verhandlung. Den Verhandlungen wohnt Prinz Albert von Sachsen, außerdem ein ziemlich zahlreiches, distinguirtes Publikum bei. Wehlan erscheint im Grad, mit weißer Kravatte, weißen Handschuhen und Lackstiefeln im Saale. Die Verhandlung beginnt mit dem Referat des Reichsgerichts-Raths Dr. Othhausen. — Der Angeeschuldigte Wehlan erklärt auf Befragen des Präsidenten: er habe den Bell nicht schlagen lassen, weil er den Diebstahl geahnet hatte, sondern weil er sich bei der Verhandlung ungebührlich benommen hatte. — Präs.: Worin bestand das ungebührliche Benehmen? Die Bemerkung des Bell: er entstamme einer Königsfamilie, er sei der Neffe des King Bell und stehe infolgedessen überhaupt nicht, kann man doch nicht als „ungehörliches Benehmen“ bezeichnen, das eine so harte Prügelstrafe rechtfertigt. — Wehlan: Bell war in Kamerun als Uhrendieb bekannt, er war außerdem der erste Diensthälter in Kamerun und war überhaupt ein sehr übelbeleumundeter Mensch. Die Bemerkung: „Ich bin der Neffe des King Bell“ hat mich nicht veranlaßt, ihn prügeln zu lassen, sondern weil er sich in der That sehr ungebührlich und frech benommen hatte. Im übrigen hat Bell nicht 60, sondern höchstens 20 Diebe erhalten. — Präs.: Merkwürdig ist nur, daß weder der Protokollführer Müller noch Dr. Vallentin, noch der Polizeimeister Waszkowski von ungebührlichem Benehmen etwas wahrgenommen haben. — Wehlan: Es ist aber dennoch vorgekommen. Im Uebrigen muß ich bemerken, daß die Verhandlung sehr schnell von statten ging. Herr Gouverneur v. Zimmerer sagte mir selbst: Die Züchtigung des Bell könne nicht so arg gewesen sein, denn sonst hätten sich die Schwarzen zweifellos, wie das bisher gewöhnlich geschehen, bei mir geschwert. Nun bemerke ich: die Verhandlung gegen Bell fand Anfang Mai 1893 statt, und Herr v. Zimmerer ging im August 1893 von Kamerun fort. — Präs.: Bell war nach dem Busch entflohen, es ist daher sehr erklärlich, daß er sich versteckt gehalten hat. — Wehlan: Aber die Verwandten des Bell hätten sich doch beschweren können. — Präs.: Auf grund welcher Umstände kamen Sie nun zu einem Schuldigspruch? — Wehlan: Weil die Indizien zweifellos für die Schuld Bells sprachen. Wehlan bricht im Laufe dieser Vernehmung in Thränen aus. — Der folgende Anklagepunkt ist: Die Polizeisoldaten Agatje und Hagne hatten einen Kameruner verkauft, er gab jedoch vor, diesen Kameruner nicht zu kennen. Wehlan ordnete an, die Diebe ins Gefängnis zu sperren und mehrfach mit der Flupferdepeitsche zu schlagen „bis es durchkommt“. Agatje sollte so lange geschlagen und bei Wasser und Bananen gefangen gehalten werden, bis er den Fehler genannt habe. — Wehlan bemerkt: Er habe die diebischen Polizeisoldaten lediglich wegen Gehorsamsverweigerung schlagen lassen. — In einem dritten Falle wird Wehlan beschuldigt, daß er einem seiner schwarzen Diener, den er im Verdacht hatte, ihm 20 Zigarren gestohlen zu haben, 20 Diebe „bis es durchkommt“ habe verabsorgen lassen. — Wehlan bemerkt: Dieser Diener hatte ihm außer den 20 Zigarren mehrere Wäschstücke und ziemlich hohe Geldbeträge gestohlen. Diese Prügelstrafe war keine gerichtliche, sondern eine Disziplinarstrafe, wie man etwa in Deutschland einen Dieb prügelt, wenn man ihn beim Diebstahl ertappt. — Ein weiterer Anklagepunkt ist: Wehlan habe die Eingeborenen von Kamerun wegen Nichtbeitreibung ihrer Privatschulden in etwa 18 Fällen prügeln lassen. Die Prügelstrafe bestand gewöhnlich in 10 Dieben mit der Flupferdepeitsche, die sich mehrfach wiederholte und sich bis 60 Diebe steigerte. — Wehlan sagt: Als er nach Kamerun kam, wurde ihm von den meisten Kaufleuten gellagt, daß die Kameruner sich böswillig weigerten, ihre Privatschulden zu bezahlen. Da ich mich überzeugte, daß dies böswillig geschah und die Einsperrung ins Schuldgefängnis absolut keinen Erfolg

hatte, das Schuldgefängnis aus Überfüllung war, so sagte ich mir: ebenso wie ein Vater eine Kinder züchtigt, um sich nicht später selbst Vorwürfe zu machen, so sei es ebenso geboten, die Leute wegen böswilliger Verweigerung der Bezahlung ihrer Privatschulden prügeln zu lassen. Dies Mittel hat auch geholfen und dazu beigetragen, daß die Kameruner von den weißen Kaufleuten wieder Kredit erhielten. — Präs.: Sie hatten doch aber weder nach deutschem noch nach afrikanischem Recht die Prügelstrafe wegen Nichtbeitreibung von Privatschulden zu verhängen. — Wehlan: Ich sah einen anderen Ausweg nicht, um dem schreienden Uebelstande zu steuern. Bis dahin wurden wegen Nichtbeitreibung von Privatschulden meistens ganze Dörfer niedergebrannt. Ich sagte mir daher, ehe ich zu diesem grauenamen Mittel greife, wende ich lieber die Prügelstrafe an. — Präs.: Die Niederbrennung der Dörfer geschah doch aber nicht durch richterlichen Beschluß? — Wehlan: Doch, Erzelens. Unter Herrn v. Zimmerer ist dies mehrfach geschehen. Es sind auch verschiedene Beschwerden beim Auswärtigen Amt eingegangen, es ist aber niemals darauf etwas erfolgt. — Ein weiterer Anklagepunkt ist folgender: Wehlan hat bei einer Expedition gegen die Aufständischen Mabier drei Gefangene gemacht. Diese wurden unter Pflügen und Stößen nach dem Dampfer „Nachtigall“ und von dort nach Batangah gebracht. Dort wurden die drei Gefangenen an der Faktorei von Janzen und Thornälde festgebunden. Einem dieser drei Gefangenen gelang es, mit Hilfe eines schwarzen Kochs von der Faktorei Wörmann, zu entkommen. Es wurden dem Flüchtling einige Schiffe nachgesandt, diese trafen aber nur einen schwarzen Boy. Wehlan ließ nun den Koch festnehmen, ebenfalls an der Faktorei von Janzen und Thornälde festbinden und befahl außerdem, die Gefangenen fester zu schließen. Endlich gab er dem Unteroffizier Veronich den Befehl, die drei Gefangenen zu tödten und zwar ohne Anwendung von Pulver und Blei. Am andern Morgen wurden die zwei gefangenen Aufständischen nebst dem Wörmann'schen Koch mit durchschnittenen Halsen, aufgeschlitzten Bäuchen und abgeschlagenen Köpfen vorgeführt. Ein christlicher Missionar sorgte für die Begehung und Beerdigung der Leichen. — Wehlan bemerkt: Er hatte den ausdrücklichen Befehl gegeben, die drei Leute aufzuhängen. Diesen Befehl mußte er geben, wenn die Expedition gelangen sollte. Er befand sich im Kriegszustande und mußte für die Sicherheit seiner Truppe sorgen. Die Ausführung des Befehls konnte ich nicht überwachen. Ich hatte zu dem Veronich das Vertrauen, daß er den Befehl entsprechend ausführen werde.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Luzerpapier-Branchen! Am Mittwoch, 8. Juli, abends 7 Uhr, große öffentliche Versammlung im großen Saal der Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Kollegen und Kolleginnen! Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreiches Erscheinen notwendig. Alles nähere siehe morgen im Inserat des „Vorwärts“.

Die Berliner Klempner zeigen in letzter Zeit eine große Nachlässigkeit in der Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Organisation. Besonders fehlen die Delegirten aus den einzelnen Werkstätten bei den betreffenden Sitzungen. Es wäre deshalb zu wünschen, daß die Berufsgenossen besser auf die Wahrnehmung ihrer Interessen achten und für eine präzisere Vertretung sorgen. Einige Fabriken versuchen bereits, an den Erwerbschaften des letzten Streiks einzelne Abtrünnige zu machen. Wir bitten deshalb die Kollegen, alle derartigen Vorkommnisse sofort der Organisation zu melden. Die Sammlungen sind gleichfalls sehr mäßig ausgefallen. In betracht der gegenwärtigen Situation ist es dringend notwendig, daß jeder seine Pflicht erfüllt. F. Zimmermann, Vertrauensmann.

Zum Streik im Culengebirge. Die Situation hat sich wieder etwas zu gunsten der Streikenden geändert. Am 1. Juli wurden drei ältere Weber der Firma B. Neugebauer Söhne zu einigen Beamten dieser Firma beschieden und ihnen von diesen mitgetheilt, daß Herr Neugebauer mit dem Arbeiter-Ausschuß nicht mehr verhandeln möge. Eine Einigung aber müsse zu stande kommen, deshalb würden sie (die Beamten) bei Herrn Neugebauer vorstellig werden und diesen veranlassen, mit drei älteren Webern zu verhandeln. Herr Neugebauer bemerkte ihnen, daß er gewillt sei, auch von den Pachtrenten 10 Pf. pro Stück und 20 Pf. pro Doppelschick Lohnerhöhung zu gewähren. Als nun die Arbeiter dem Herrn Neugebauer unzuweilig bewiesen, daß diese Lohnerhöhung äußerst gering ist gegen die früher üblichen Löhne, schlug er den Unterhandelnden vor, zwei breite Stühle zu übernehmen. Ueber diese Form der Lohnerhöhung sind die alten Arbeiter nun nicht wenig erstaunt. Herr Neugebauer sagt, sie sollten nur den Versuch machen und sie würden sehen, daß es sich viel besser über zwei breite Stühle arbeite als über einen. Die sogenannte Maschinenarbeit könne er nicht besser bezahlen, da er hierfür so wie so die höchsten Preise bezahle. Letzteres ist sehr zu bezweifeln, denn dieselbe Arbeit wird auch an anderen Orten gemacht und dort verdienen die Weber mehr als 5 und 6 M. pro Woche. In betref der Lohnerhöhung für Schüller und Andreher erwähnte Herr Neugebauer nichts; ebenso wenig sprach er von der so notwendigen Bewilligung der 10ständigen Arbeitszeit. Dafür machte man aber die leere Drohung: die Fabrik ein halbes Jahr zu schließen, wenn die Streikenden jetzt nicht die Arbeit aufnahmen. Man will also eventuell die Fabrik ganz schließen, aber die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verlängern, das hält man für unmöglich. Das die oben angeführte Drohung die Streikenden nicht im mindesten schreckt beweist, daß dieselben in stark beschwerlicher Verfassung sind und bei geheimer Stimmsabgabe einstimmig beschlossen, sich nicht mit den oben erwähnten geringfügigen Zugeständnissen zu begnügen, sondern auf den alten Forderungen (zehnstündige Arbeitszeit und 25 pCt. Lohnerhöhung) zu beharren. Wenn Herr Neugebauer verhandeln wollte, erklärten die Streikenden weiter, so sei ihre legitime Vertretung der Arbeiterausschuß; an diesen wolle sich Herr Neugebauer wenden. Gelder sind an H. Krähig, Langenbielau, III. Bezirk zu senden.

Zu Leipzig dauert der Ausstand der Glaser unverändert fort. Die Innungsmeister haben sich in den letzten Tagen zu wiederholten Malen an ihre auswärtigen Zunftbrüder sowie an alle Arbeitssachverständigen und Herbergen behufs Zuweisung tüchtiger Tischler und Glaser gewandt. Um die Hilfe von Kaufleuten jammern die durch Arbeitsanhäufung hart bedrängten Innungsbeiden, denn es haben gegen 70 Streikende bereits Leipzig verlassen und der Zuzug von Gläsern war bisher sehr minimal. Wenn Jüngling auch weiter ferngehalten wird, so ist der vollständige Sieg in kurzer Zeit auf Seiten der Aufständigen.

Zur Buchdruckerbewegung. Im Gau Frankfurt-Hessen wurden die Anhänger der Tarifgemeinschaft im ersten Wahlgange gewählt. Abgegeben wurden ungefähr 550 Stimmen, von denen etwa 300 Stimmen auf Karl Dominis-Frankfurt und A. Hartmann-Kassel fielen.

Die Innung der Leipziger Buchdrucker hat an ihre Mitglieder folgendes Zirkular erlassen:
Leipzig, den 3. Juli 1896.

An die verehrlichen Mitglieder!
Hierdurch bringen wir Ihnen zur Kenntniß, daß bis heute früh 9 Uhr 72 der Innung angehörende Firmen sowie 1477 bei denselben beschäftigte Gehilfen den deutschen Buchdrucker tarif vom 1. Juli 1896 unterschrieben anerkannt und 219 Gehilfen die unterschriebene Anerkennung verweigert haben.

Es hat somit die überwiegende Mehrheit der in betracht kommenden Prinzipale und Gehilfen den Tarif anerkannt. Der unterschriebene Vorstand hat daher beschlossen, sämtlichen Mitgliedern die Einführung des Tarifs für alle Gehilfen zu empfehlen und dem Ernennen eines jeden einzelnen anheimzugeben, welche Maßnahmen zu treffen sind, um bei den Gehilfen den Tarif vollständig zur Anerkennung zu bringen.

Diejenigen Firmen, welche die Anerkennung des Tarifs der Innung noch nicht angezeigt haben, werden hiermit noch besonders ersucht, diese Anzeige umgehend zu erstatten, damit dieselben in das Verzeichnis der tariftreuen Buchdruckereibesitzer, welches dem Rathe der Stadt Leipzig eingereicht wird, aufgenommen werden können.

Im weiteren werden die Mitglieder ersucht, bezüglich der Arbeitszeit für die Maschinenmeister noch keine bestimmten Bestimmungen zu treffen und die Beratungen der zu diesem Zwecke von der Innung ernannten Kommission, welche entsprechende Vorschläge im Laufe der nächsten Woche dem Vorstande unterbreiten wird, abzuwarten.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der Innung Leipziger Buchdruckereibesitzer.

Julius Käfer, stellvertretender Vorsitzender.

Wie dem Zirkular zu entnehmen ist, hat die große Mehrheit der Buchdruckergehilfen, trotz der entgegengegesetzten Weisung der Verbandsleitung, die Tarifgemeinschaft schriftlich anerkannt. Diese jammervolle Stellung der Gehilfen gereicht ihnen um so weniger zur Ehre, als auch bei den Verhandlungen der Tarifkommission den Unternehmern keine derartige Befugniß eingeräumt wurde und die Anerkennung des Tarifs und durch die Organisation erfolgen kann. Dieses Aufstrotzen des Tarifs jedem einzelnen gegenüber bedeutet eine Verabscheidung der Organisation und ist nur dazu angethan, die Stimmung gegen die Tarifgemeinschaft zu verschärfen.

In der neuesten Nummer des „Correspondent“ giebt der Verbandsvorsitzende Döbblin bekannt, daß er den „Correspondent“-Redakteur G. a. s. c. wegen verleumdender Beleidigung verklagen will, weil letzterer die Zeitung des Verbandes als „Blatt der Polizei, den Unternehmern und der kapitalistischen Politik“ bezeichnet hat.

Damit dürfte die Sache des Herrn Döbblin schwerlich gefördert werden.

Der neue Buchdrucker tarif wurde von der Innung Dresdener Buchdruckereibesitzer anerkannt. Damit tritt zugleich eine 10 prozentige Erhöhung der Druckpreise in kraft, d. h. die Buchdruckereibesitzer wälzen die Kosten reichlich auf die Konsumenten ab.

In der Kartonagefabrik von G. Ohlendorf in Hannover befinden sich die Kartonnageschneider im Ausstand.

In Offenbach sind die Fuß- und Wagenschmiede mit folgenden Forderungen an die Unternehmer herantretend: 1. Abschaffung von Kost und Logis, 2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit ohne Kürzung des Lohnes, 3. ein Mindestlohn von wöchentlich 15 M., 4. für jede Ueberstunde 25 pCt. Zuschlag, 5. Zahlung des Lohnes Sonnabend Abend 6 Uhr. In 5 der größten Betriebe sind die Forderungen bereits bewilligt.

Zum Bierboikott in Karlsruhe. Eine Versammlung der Gastwirthe, die am 1. Juli in Karlsruhe tagte, um Stellung zum Bierboikott zu nehmen, nahm folgende Resolution an: „Die verammelten Wirthe sind der Ueberzeugung, daß die Forderungen der Brauereiarbeiter keine übertriebenen sind und daß die Herren Bierbrauereibesitzer dieselben bewilligen sollten, um den ausgedehnten Boykott zu befeitigen. Durch den Boykott selbst ist eine große Anzahl unserer Kollegen auf schwerste geschädigt. Deshalb beschließt die heutige Versammlung eine Kommission zu wählen, die mit den Brauereibesitzern in Unterhandlung zu treten hat. Als billig und gerecht verlangen wir während der Dauer des Boykotts für den entstandenen event. noch entstehenden Schaden von den betr. Brauereibesitzern eine entsprechende Entschädigung oder die Einwilligung, bis zur Beendigung des Boykotts Bier aus nicht boykottirten Brauereien, welche dem Ring nicht angehören, beziehen zu dürfen, da durch außergewöhnliche Ereignisse jeder Vertrag vorläufig seine Wirkung verlieren muß.“

Der Beschluß zeigt eine weit verständigere Auffassung der Situation, als sie seinerzeit von einem großen Theil der Berliner Gastwirthe beliebt wurde.

Zum Bildhauerstreik in Stuttgart. Von Seiten der streikenden Arbeiter ist das Einigungsamt des Gewerbegerichts um Vermittelung angerufen.

Die Streikbewegung in Wien. Die Aussperrung der Tischlergehilfen ist endgiltig beschlossen! Die heute beim Gewerbe-Inspektor gepflogenen Unterhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern haben sich zerschlagen. Welchen Umfang die Aussperrung annehmen wird, bleibt abzuwarten. — Der Streik der Wagner scheint unermesslich. Die Arbeiter fordern: zehnstündige Arbeitszeit, Abschaffung von Kost und Logis beim Meister und Gewährung einer zehnpromzentigen Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten die Forderungen ab.

In Saual (Salizien) stehen 200 Bauarbeiter im Ausstand. Sie verlangen Lohnaufbesserung und den zehnstündigen Arbeitstag.

Der Streik in den Berg- und Hüttenanstalten des Grafen Potocki in Sierka (Galizien) endete nach fünf Tagen mit einem glänzenden Siege der Arbeiterschaft. Die Arbeiter erhielten durch Vermittelung des Vergleichsrichters und des Bezirks-hauptmanns folgende Bedingungen festgesetzt: 1. Wird ihnen im Winter wie im Sommer 10 Meterzentner Kohle gemährt, ohne daß sie die Pflicht haben, diese allein herauszubefördern. 2. Die Häuer erhalten 2 Kr., die Schlepper 1 Kr. Lohnerhöhung per 4agen. 3. Die Maurer 10 Stunden und 10 Kr. mehr. 4. Die Hüttenarbeiter bekommen 10 Kr. mehr per Schicht und einen Liter Bier.

Die Brauerei Daas in Zürich, über welche werst der Boykott verhängt worden, hat deshalb gegen das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes eine Entschädigungsklage auf 10000 Fr. erhoben. Am gleichen Tage hat das Züricher Obergericht das bezirksgerichtliche Urtheil, welches die Entschädigungsklage der Glasermeister auf 3000 Fr. gegen das Bundeskomitee wegen des Glaserstreiks abweist, bestätigt. Die Brauerei Hältingen in Zürich hat in ihrem Namen und in dem zweiter anderer Brauereien den Vorstand der Winterthurer Arbeiter-Union wegen eines Boykott-Zusatzes verklagt. Am nächsten Sonnabend sollen alle organisirten Brauereigeilfen entlassen werden. Die Arbeiterschaft läßt sich aber nicht einschüchtern.

Wisse, den 6. Juli. Alle Dieber in den hiesigen metallurgischen Fabriken, 1800 an der Zahl, sind in den Ausstand eingetreten.

West, den 6. Juli. Der Streik der Sardinien-Konservenbäckereiarbeiter an der bretonischen Küste ist beendet.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 6. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Am Neubau des Unternehmers Döring stürzte das Gerüst ein. Zwei Arbeiter sind todt, fünf schwer, mehrere leicht verwundet.

Budapest, 6. Juli. (W. Z. B.) Die Gemeinde Ruzsin im Szaröser Komitat ist gänzlich niedergebrannt; 36 Häuser mit Nebengebäuden sind eingeechert. Eine Frau ist verbrannt.

Larnaka, 6. Juli. (W. Z. B.) Auf Cypern finden fortgesetzt heftige Erdstöße statt. In Limassol herrscht allgemeine Panik. Die Behörden verfaben die Bevölkerung mit Zellen. Auch die Regierungsbureaus, die Bank und das Telegraphenamts sind in Zellen untergebracht.

Lokales.

Die Zeitungsdabonenten in Adlershof, welche Wochentags ihr Blatt an der Bahn erhalten, werden für den Fall, daß sie nicht fahren sollten, gebeten, ihre Zeitung am nächsten Tage an der Bahn einzufordern oder sie bei Frau Hempel, Oppenstr. 1 event. bei Frau Pöbger, Genossenschaftsstr. 21 abzuholen.

Der Fall Hermann Friedmann giebt der bürgerlichen Presse je nach der Parteilichkeit Gelegenheit, entweder generell gegen die Börse loszutreten, oder auch die Einzelperson des Verurtheilten als einen abnormen Auswurf der englischen Börsenmenschenheit hinzustellen. In letzterer Darstellung gefüllt sich natürlich die „Voss. Ztg.“ als Organ des in allen Finanzgeschäften ehrbaren Bürgerthums. Allerdings kann die Person des Friedmann nicht ganz von seiner Umgebung losgelöst werden. Aber was man nicht erklären kann, sieht man als blaues Wunder an. So jammert denn die „Voss. Ztg.“ hilflos: „In der That, der schlechte Bürger vermag nicht zu fassen, wie ein solcher Mensch, an dessen Zurechnungsfähigkeit jetzt Zweifel erhoben werden, zum Leiter einer Bank gemacht, wie er lange Zeit an ihrer Spitze gebudelt werden konnte, wie sich Aktionäre und Gläubiger sein Thun und Treiben gefallen ließen und Männer, die längst von seinem Gaunereien Kenntnis hatten, durch die Unterlassung der Anzeige ihm die Möglichkeit zu weiteren Schufen. Ein widerwärtiges Bild entrollt sich vor den Augen des Volks; der Hochstapler, der in der wahnfinnigen Jagd nach dem Glück alle Schranken des Gesinnes und der Moral durchbricht und sich dabei für den Wohltäter seiner Nächsten ausgibt, geht von den Wucherern, die ihm einen Theil dessen abnehmen, was er selber anderen aus der Tasche gelockt hat; immer in Unternehmungen, die ihn für das Tollhaus oder für das Zuchthaus reif machen und doch immer in der Lage, Mittel und Werkzeuge seiner Schwindelereien zu finden, bis das Kartenhaus endlich zusammenbricht und der Tag des Gerichts anhebt.“

Sehr gut getraut, aber die „Voss. Ztg.“ sollte mit der Hervorhebung der Abnormität dieses Falles nicht gar zu übereifrig sein. Verwunderlich ist es gewiß, wenn die Sucht nach mißlosem Gewinn eine ganze Anzahl Geldleute veranlassen kann, ihr Vermögen einem Menschen anzuvertrauen, dessen einziger Vorkurs ein Bettler bildet, der ebenso gerieben wie er selber einfallig ist. Aber eine Parallele hätte sich der „Voss. Ztg.“ wenigstens in der Politik bieten sollen, wo durch Handlungen von ebenso blödsinniger wie empörender Natur fast wühend darauf losgearbeitet wird, den Fond, der etwa noch an lokaler Besinnung vorhanden, gründlich in den weitesten Volksschichten zu zerstören. Aus laun solches ja schon recht sein, wie wir ebenso wenig ein Interesse daran haben, in weissen Hände das Vermögen der Adelsheimischen Bank zuerst gerath. Aber wo ist das staats-erhaltende Blatt, das hier die Wahrheit vor dem Staat zu sagen wagt?

Zu dem Prozeß Hermann Friedmann hatten der Staatsanwalt Dr. Pösch und der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Hoefeler erklärt, daß es keines Beweises dafür bedürfe, daß der Angeklagte ausgenutzt worden sei. Das „N. Z.“ kann dem hinzusetzen, daß bereits am 16. Juni seitens der königlichen Staatsanwaltschaft gegen siebzehn zum Theil bisher als hochachtbar bekannte Berliner Firmen das Strafverfahren eingeleitet worden sei.

Wilhelm II. und die Revolution von oben. Der Fall Kope. Des Räthfels Lösung. Eine unter diesem Titel bei Casar Schmidt in Jülich erschienene Broschüre ist gestern morgen in hiesigen Buchhandlungen konfisziert worden. Konfiskationen sind immer eine gute Kellame für ein Buch, gleichgiltig ob es gut oder schlecht ist.

Im Berliner Asylverein für Obdachlose nährigten während des Monats Juni 9288 Männer und 747 Frauen. Arbeitsnachweis erstreckt der Verein für Männer Wälsingstr. 4, für Frauen Fästlerstr. 5.

Die Ferien haben begonnen. Während bürgerliche Eltern mit ihren Lieblingen in die Sommerfrische gehen, hält der Proletariat die Gelegenheit für gekommen, die Kinder aus Arbeit auszuschicken, damit der allgemeinen Noth, die trotz harter Arbeit ständig Gast im Hause ist, um ein wenig abgewehrt werde. Es wird jetzt berichtet, daß eine größere Anzahl Berliner Schulkinder als Obstpflücker in Werder und Kaputh Beschäftigung gefunden habe. Wenn auch manche Kirche in die Mädchen der Pflücker spaziert, so seien diese Arbeitskräfte doch billiger als andere. Die armen Kinder, die hier während der Ferien thätig sind, können trotz der niedrigen Entlohnung noch glücklich gefühlt werden, da sie sich wenigstens in frischer Luft aufhalten. Wer redet aber von dem Ferienjammer der Kleinen, welche durch die Noth gezwungen werden, den Eltern bei der Heimarbeit in dumpfiger Stube von morgens früh bis abends spät zu helfen? Es sind dies Tausende, die in der Zeit, die der Erholung gewidmet sein sollte, kaum einen Krümel Strauch zu sehen bekommen. Und wie wenig guten Willens gebraucht der Staat der Sozialreform, wenn er wirklich ein solcher wäre, um durch einen entsprechenden Eingriff in die „Theiligkeit der Familie“ die Kinder vor Höllequalen zu retten. Freilich gehörte dazu, daß auch die Eltern sich zu mannhaftem Widerstand gegen ihre Ausbeuter organisierten.

Das Vergehen der auf dem Gewerbegericht rechtsuchenden männlichen Personen läßt, wie bürgerliche Blätter melden, in vielen Fällen zu Wünschen übrig. So habe Sonnabend Vormittag wieder ein Mann, nachdem alle Ermahnungen und selbst die Androhung einer sofort zu vollstreckenden Ordnungsstrafe nichts fruchteten, wegen seines Betragens durch einen Schutzmann verhaftet werden müssen. Das war seit kurzer Zeit der neunte Fall. Es handelte sich dabei nicht um Betrunkene, sondern meist um Personen, die der Meinung seien, das Gericht habe weder Macht noch Mittel, sie zu anständigem Betragen anzuhalten. In wie weit die Ausschreitungen sich auf die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer vertheilen, wird nicht gemeldet. Auf jeden Fall sind sie als grobe Ungehörlichkeiten zu bezeichnen.

Die Sittlichkeit der Tagespresse. „Sokal-Anzeiger“ vom 5. Juli: „Wesuch! Ein gut situirtes Fräulein, welches Lust hat, den Winter nach dem Süden zu reisen, von einem norddeutschen, gut situirten, gesunden Kaufmann, in den mittleren Jahren, eventuell zu beirathen gesucht. Briefe mit näheren Mittheilungen unter D. 0088 an die Annoncen-Expedition von Wilhelm Scheller, Bremen, erbeten.“

Mit dem Duellmord beschäftigte sich am 2. Juli eine Versammlung der Studierenden der technischen Hochschule in Charlottenburg. So verständlich wie nur möglich suchte der cand. arch. W. Schupp den Anwesenden die Bildhaftigkeit der Duellmordtheorien klarzulegen; der Antrag des Redners ging in beschleunigter Weise nur dahin, die schwere Quelle abzuschaffen. Der Schwärmer hatte aber den Verstand und die Gesittung der Anwesenden zu hoch eingeschätzt. Sein Antrag, eine Kommission zu ernennen, welche die Einsetzung eines studentischen Ehrengerichts mit Disziplinargewalt anzubahnen habe, kam dadurch zu Fall, daß ein Vertreter der

Korporationen eine solche Kommission für zwecklos erklärte und den alsbald mit Zweidrittelmehrheit angenommenen Antrag stellte, über die Duellfrage zur Tagesordnung überzugehen. Es ist dies bedauerlich. So sehr die Sozialdemokraten den zukünftigen Offizieren des deutschen Heeres das Vorrecht gönnt, sich im Duell gegenseitig über den Haufen zu schießen, so bedauerlich kann die Duellkräperei für die Gesamtheit wirken, wenn sie von Deuten geübt wird, die berufen sind, in friedlicher Arbeit nützlich zu leisten.

Das Kriegsministerium gegen den Spandauer Feuerwerker-Verein. Die „Voss. Ztg.“ schreibt: In Spandau wird eine Maßregel des Kriegsministeriums viel besprochen. Seit vielen Jahren bestand ein Verein des Zeug- und Feuerwerks-personals, dem fast sämtliche in den militärischen Anstalten, Oberfeuerwerker etc. angehörten. Hauptzweck dieses Vereins war die Pflege der Kameradschaft; die von ihm veranstalteten Festlichkeiten waren stets auch von der Bürgerschaft stark besucht. Der Verein ist nun kürzlich auf einen von Spandau abgegangenen Bericht an das Kriegsministerium verboten und danach aufgelöst worden. Gründe für diese Maßregel sind nicht bekannt geworden. — Hat am Ende gar der Wurm des Sozialismus den Feuerwerkerverein angegriffen?

Die städtische Gasverwaltung scheint endlich zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß das Gasglühlicht auch auf öffentlichen Straßen und Plätzen brennt, wenn man nur die erforderlichen Strümpfe und Brenner anbringt und dann anzündet. Während man anderwärts schon längst keine andere Beleuchtung kennt, hat man in Berlin sein bedächtlich erst Versuche angestellt. Jetzt ist man, wie ein hiesiges Blatt zu melden weiß, glücklich so weit, daß ganze Bezirke, nämlich die Friedrichstadt und das Danfaviertel, mit Auerlicht beglückt werden sollen. Bei diesen Versuchen hat man auch die sensationelle Entdeckung gemacht, daß sich mit dem Auerlicht Ersparnisse gegen früher machen lassen.

Bei Verathung des Postetats ist von Vertretern der Regierung in bestimmten Worten behauptet worden, daß den Briefträgern entweder jeder dritte Sonntag ganz oder von drei Sonntagen zwei halbe frei sein sollen. Bei dem Postamt 34 in der Frankfurter Allee trifft diese Behauptung nicht zu. Dort kennt man weder den dritten, noch sonst einen Sonntag als völlig freien Tag. Diese Zurücksetzung gegenüber anderen Postämtern wird mit der Größe des Postbezirks motiviert. Ja, was geht denn das Briefträger an? Es sind doch Arbeitskräfte die Fälle zu haben, wenn man nur welche einstellen will!

Professor Langerhans hält in einem in der klinischen Wochenschrift veröffentlichten Artikel an der Meinung fest, daß der Tod seines Sohns nur durch normales Serum herbeigeführt worden sei; das habe die von ihm selbst, nicht erst von der Staatsanwaltschaft beantragte Untersuchung „unzweifelhaft“ ergeben.

In Nixdorf war einem Parteigenossen bekanntlich am 26. April d. J. der Betrag einer Teller Sammlung in Höhe von 6 Mark 65 Pf. konfisziert worden. Trotzdem das Geld wieder zurückerstattet werden mußte, ist doch gegen den Einsammler, Genossen C. Lindemann, Anklage wegen Polizeikontravention erhoben worden. Am 10. d. M. steht in der Sache vor dem Amtsgericht in Nixdorf Termin an.

Die Einwohner von Adlershof werden ersucht, Mittheilungen über Unzuträglichkeiten, die sich aus der Behandlung der Gemeindefässer ergeben, wenn erforderlich, unter Beilegung eines ärztlichen Attestes dem Gemeindevertreter M. Schmädicke, Kronprinzstr. 7, v. II. zu übergeben. Schmädicke wird alsdann das weitere veranlassen.

Der Fahrpreis für die Omnibuslinien Potsdamer Bahnhof—Trepion und Nixdorf—Rosenthaler Thor ist von der „Neuen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft“ auf 10 Pfennig herabgesetzt worden.

Auf der Flucht vor dem Schutzmännchen verunglückte am Sonnabend der Schlichter Karl Müller, der seiner Angabe nach in der Kleinen Hamburger Straße wohnt. Müller, der von einem Sicherheitsbeamten zur Wache geführt werden sollte, rief sich los und rannte davon. Bei dem Sprung über einen Bretterjaun kam er zu Fall und brach sich den rechten Fuß. Nun wurde er wieder festgenommen und als Polizeigeisfangener in die Charité gebracht.

Von einem Wadegast der Zivildadeankast Plähsensee kommt an uns die Klage, daß diese sonst gut und sauber eingerichtete Anstalt an Stellen, wo das Wasser höchstens 1 Meter Tiefe erreicht, alte Baumstumpen enthält, welche ungefähr sechs Zoll über dem Erdboden hervorstecken und eine Stärke von einem bis anderthalb Zoll haben. Auch sollten die Holzsilber, welche die Warnung für Nichtschwimmer enthalten, abgerundet sein, damit ein Taucher, der an der Stelle empor komme, nicht Gefahr laufe, sich den Schädel einzustößen.

Die chemische Fabrik von Landshoff u. Meyer in Grünau wurde am Sonntag durch einen Brand zerstört. Vom Hauptgebäude blieben nur die Umfassungsmauern stehen. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Die drei bedauerlichen Opfer des Blitzschlages in Westend sind am Sonntag Nachmittag auf dem Neuen Luisenkirchhofe beerdigt worden. Die Theilnahme war trotz des schlechten Wetters außerordentlich groß.

Von einem Stadtbahnzuge tobtefahren wurde Sonntag Nachmittag gegen 1/4 Uhr in der Nähe des Bahnhofs Thiergarten ein Mann, dessen Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte. Der Mann nahm anscheinend zu spät wahr, daß er einen verkehrten Zug bestiegen hatte, und sprang aus dem Wagen heraus, während der Zug sich in voller Fahrt befand. Bei dem Sprunge fiel er auf das Nebengeleise und wurde von einem Zuge, der aus der entgegengesetzten Richtung kam, überfahren und auf der Stelle getödtet.

Selbstmord verübt hat am Sonnabend das aus Hermsdorf gebürtige 27 Jahre alte Dienstmädchen Marie Heinze, das in dem Hause Räderdorferstr. 29 in Stellung war. Ein Bäcker-geselle, der in demselben Hause wohnt, fand das Mädchen gegen Mittag auf dem Boden erhängt auf und schnitt es ab. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Von einem neuen Kuppelprozeß, der alles auf diesem Gebiete dagewesene in den Schatten stellen soll, weiß ein Gerichts-berichterstatler zu erzählen. Der Prozeß heißt Eugen und Genossen; die Hauptangeklagte, welche von ihrer eigenen Tochter denunziert wurde, hatte in der Louisestraße ihre Salons. Selbstverständlich sind es die vornehmsten Kreise, Kufflinge aus der höchsten Aristokratie, welche die Kundschaft in den Schutzsalons bilden. Ebenfalls selbstverständlich ist es, daß man sich ängstlich bemüht, die Namen der Willkürigen der Öffentlichkeit geheim zu halten.

Wenn der Arbeiter alt wird. Als Leiche ist jetzt bei Schildhorn der seit dem Montag verschwunden gewesene Zimmermann Sachs aus der Hauptstraße 8 in Schöneberg aufgefunden worden. Er hat sich erhängt, weil er wegen seiner 52 Jahre nirgendwo mehr Arbeit finden konnte.

Kein Raubanfall? Die beiden jungen Leute, die wegen des Ueberfalls eines Gelbbriefträgers in einem Hause der Putbuser Straße festgenommen waren, sind aus der Haft entlassen worden. Wie es heißt, hat ihnen die Absicht eines räuberischen Anschlags nicht nachgewiesen werden können; sie behaupten, sie hätten dem Mann „nur eins auswichen wollen“, weil er kürzlich einem von ihnen wegen einer Anrempelung eine Ohrfeige versetzt hatte.

Der Kreuzdamm der Charlottenburger Chaussee mit der Siegesallee wird vom 6. d. M., die Remelerstraße von der Posenerstraße bis zur Räderdorferstraße wird behufs Umpflasterung vom 8. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Heiter gesperrt.

Polizeibericht vom 6. Juli. Auf dem Boden des Hauses Räderdorferstr. 29 wurde die früher in dem Hause bedienstet gewesene Magd, unverheiratete Marie S., erhängt vorgefunden. — In der Sitzzelle des 21. Reviers erhängte sich der wegen Diebstahls eingelieferte 20 Jahre alte Schaniedegeselle Hübler. — Im Laufe des Sonnabends fanden fünf Brände statt, von denen nur einer erheblichen Schaden anrichtete, indem aus einem Grundstück der Mathäikirchstraße die Einrichtung mehrerer Zimmer verbrannte. — Am Sonntag erhängte sich der Schneider P. in seiner in der Elisabethstraße belegenen Wohnung. Die Ursache waren anscheinend unglückliche Familienverhältnisse. — Nachmittags sprang ein noch nicht relognosizierter Mann, anscheinend Arbeiter, in der Nähe des Bahnhofs „Thiergarten“ aus einem fahrenden Stadtbahnzuge und wurde durch einen entgegenkommenden Zug auf der Stelle getödtet. Nach Angabe von Mitfahrenden war der Mann angezinkt und wollte, weil er in einen falschen Zug gestiegen war, denselben verlassen. — Durch vorchristlichwidrig fahrende Wagen wurden erheblich verletzt: Gegen Mittag der Maurer Schulze auf der Kreuzung der Alten Jakobstraße und Kommandantenstraße durch eine Equipage, und abends in der Inselstraße aus noch nicht festgestellter Ursache ein taubstummer Mann durch einen Omnibus. — Am Sonntag fand auf dem Gelände des Nordbahnhofs ein Brand statt an demselben, aus etwa 900 000 Stück Preßklofen bestehenden Stapel, der bereits in der vergangenen Woche einmal durch Selbstentzündung in Brand gerathen war. — In der Schulstraße war nachmittags der Arbeiter Tschacher aus Charlottenburg mit dem Kutcher Knop in Streit und Prügelei gerathen. Der Kutcher Knop ergriff dabei seinen Gegner bei den Hüften, hob ihn in die Höhe und setzte ihn mit voller Kraft so auf ein eisernes Zaungitter, daß ihm eine Spitze desselben in den Oberschenkel drang. Die Wunde soll jedoch nach ärztlichem Auspruch nicht gefährlich sein. — Der dem Trunke ergebene Tischler Otto Stern, Wäckerstr. 56 wohnhaft, überfiel in einem Anfall von Delirium seinen 22 Jahre alten Sohn und verletzte ihn durch Schläge mit einer Kohlenstange erheblich am Gesicht. Der Mann wurde nach der Irrenanstalt Herzberge gebracht.

Witterungsübersicht vom 6. Juli 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. rebarit auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur hoch Grad C. niedrig Grad C.
Swinemünde	758	WNW	4	wolkig	15
Hamburg	766	W	4	bedeckt	13
Berlin	765	WNW	5	bedeckt	14
Bielefeld	769	SW	—	heiter	14
München	769	W	4	halb bedeckt	14
Wien	764	W	4	wolkig	14
Saparanda	757	SW	—	wollenlos	20
Peterburg	—	—	—	—	—
Cort	765	SW	3	Nebel	16
Aberdeen	763	SW	2	wolkig	16
Paris	768	O	1	wollenlos	16

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. Juli 1896.

Zunächst aufklarendes, am Tage wärmeres Wetter mit mäßigen südwestlichen Winden; nachher neue Trübung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Gewerbe-Ausstellung 1896.

Vorträge im Chemie-Gebäude. Die Vorträge finden abends von 6-7 Uhr statt. Eintritt frei. Dienstag, 7. Juli: Professor G. Franke-Berlin: „Auffuchung und Gewinnung der Steinkohlen“. Mittwoch, 8. Juli: Dr. Otto Reints-Berlin: „Oberjährige Biere, insbesondere Berliner Weibier“. Donnerstag, 9. Juli: Professor Dr. S. Werner, Geheimrath im Reichsministerium für die Geschäfte des Handels in seinen Beziehungen zu den Völkern Europas“. Freitag, 10. Juli: Professor Dr. Gruner: „Das norddeutsche Schwemmland und insbesondere der Boden der Stadt Berlin“. Sonnabend, 11. Juli: Dr. Paul Binder-Charlottenburg: „Einblick in die mikroskopische Welt unserer Gährungsbetriebe“.

Der Anhang des Regens zeigte sich in den letzten Tagen namentlich darin, daß die Besucher der Gewerbe-Ausstellung gedrängt waren, die unter Dach geschützt stehenden eigentlichen Ausstellungsgegenstände und nicht nur den Klimbin im Garten zu betrachten. Viele wollen sogar gefunden haben, daß es auch in diesen bislang wenig beachteten Anhängeln des Trepioner Unternehmens ganz interessant sei. Vom Sonntag wird sogar gemeldet, daß der Experimentavortrag im Industriegebäude ein ansehnliches Publikum gefunden habe.

Den Unternehmerkreis in der Ausstellung betreffend meldet der Arbeiterauschuß der Gewerbe-Ausstellung den bürgerlichen Blättern, daß die Schaffung eines Einganges am Portal 6 an der Besorgung der ortspolizeilichen Genehmigung gescheitert sei. Weiter schreibt der Arbeiterauschuß der bürgerlichen Presse: „Wenn man berücksichtigt, daß an den schräg gegenüber liegenden Bildschaltern der Eisenbahn, Ausstellungsбилетts käuflich zu haben sind, so erscheint damit das Portal für jeden, der die Absicht hat, es zu benutzen, freigegeben und wir können nicht umhin, das Vorgehen der mißvergnügten Aussteller als eine unbillige Schädigung des Gesamtinteresses der Ausstellung zu bezeichnen und zu bedauern, daß auch ein Theil der Presse, welche das Wohlwollen für das Werk der Ausstellung im Auge haben sollte, ohne den wahren Sachverhalt festzustellen, mißvergnügten Ausstellungen ihre Spalten geöffnet hat.“ — Diese dreiste Schulmeisterung der Presse ist nun verständlich, wenn man den Gedanken des Arbeiterauschusses dahin versteht, daß dieser für die Vergünstigung, die er den Redaktionen gewährt, auch entsprechendes Wohlverhalten zu erwarten habe. Wir wissen nicht, ob die bürgerlichen Blätter auf die Schreiben die rechte Antwort geben werden.

Die gepöbelten Versagleri. Zu unerhöht multivariaten Symen, die voraussichtlich zu einer Beschwerde des Arbeiterauschusses der Berliner Gewerbe-Ausstellung gegen ein preussisches Richterkollegium führen werden, kam es am Sonntag Abend gegen 8 Uhr in dem bekannten internationalen

Konzert-Abonnement „Welt-Musik“ im Vergnügungsparc. Dort war die Verfallener-Kapelle unter Leitung des Italiener Manni engagiert gewesen, doch wurde der letztere vor Monatsfrist etwa von der Direktion der „Welt-Musik“ entlassen, während die Musiker daselbst weiter spielten. Die Instrumente und Kostüme der Kapelle gehörten der Geliebten des Manni, einer Frau Bödel, welche nunmehr bei dem hiesigen Amtsgericht eine Verfügung herausbrachte des Inhalts, den Verfallener-Kapelle und Instrumente abzugeben zu dürfen. Am Sonnabend Abend erschien der Gerichtsvollzieher Damm in dem Lokal der „Welt-Musik“ und erklärte dem Direktor derselben, Herrn Emil Schippanowski, daß derselbe bei einer fälligen Strafe von 100 Mark für jeden Fall des Zuwiderhandelns, sich in die Pfändung der Italiener in seinem Lokal zu fügen hätte. Da Herr Schippanowski jedoch selbst auf die Gefahr hin, die angebotene Strafe zu zahlen, erklärte, die Pfändung nicht zu dulden, entfernte sich der Gerichtsvollzieher, ohne seinen Auftrag ansgeführt zu haben. Am gestrigen Sonntag Abend erschien Herr Damm und zwar in Begleitung des Manni und der Frau Bödel. Sie begaben sich sofort auf das Orchester und verlangten von den Verfallener die Auslieferung der Instrumente und Kostüme. Da die italienischen Musiker die Uniformen angezogen hatten, war das Verlangen des Gerichtsvollziehers, sich vor dem noch Tausenden zählenden Publikum zu entkleiden, nicht gut durchführbar. Die Italiener stürzten sich vielmehr auf ihren früheren Maestro und seine „Dame“, und es entspann sich um eine Prügelei, bei welcher auch das Publikum energisch für die Verfallener Partei nahm und mit dreinschlug. Die Prügelei nahm einen derartigen Umfang an, daß der Gerichtsvollzieher und seine Begleitung ihr Teil im Mächtig suchten. Sie erschienen dann aber wieder in Begleitung zweier Gendarmen, unter deren Schutz sie eine Trompete und einen Uniformrock pfändeten. Mit dieser Beute begaben sie sich dann in ein benachbartes Restaurant. Herr Schippanowski hat sich nun unter Vorlegung des Sachverhalts sofort an den Arbeitsschutz gewendet, und der letztere wird, nach Angabe einer hiesigen Korrespondenz, sich beschwerdeführend an den Präsidenten des Amtsgerichts I wenden, um gleichen Szenen für die Zukunft vorzubeugen.

Ueber die Restaurateure Adion u. Dressel erhebt sich jetzt eine Klage in der bürgerlichen Presse, weil die Herren an dem denkwürdigen Li-Hung-Tschang-Abend von jedem Neugierigen drei Mark Entree genommen haben. Zwar sei das Geld denen, die so glücklich waren, bei dem Dreimundzwanzig-Mark-Diner einen Platz zu finden, mit angerechnet worden, nicht aber denen, die wegen Platzmangels wieder abziehen mußten. Wie wir hören, wollen die Herren Adion und Dressel um des lieben Friedens und des Zickackurses willen das eingekaufte Eintrittsgeld zur Hälfte zu einem Fonds für ein Li-Hung-Tschang-Denkmal, zur andern Hälfte aber zum Ankauf von Knacksp-Bildern stiften.

Kunst und Wissenschaft.

In der Marienkirche gelangen Mittwoch, den 8. Juli, mittags 12 Uhr, Kompositionen von Bach, Beethoven, Mendelssohn, Hoffe, Schumann, Karow, Weieger und Diemel zur Ausführung. Der Eintritt ist frei.

Im Schillertheater kommt heute neu einstudiert G. v. Moser's Lustspiel „Ultimo“ zur Aufführung. In den Hauptrollen sind die Damen Deshay, Wille, Ewers, Danowitsch und die Herren Paphan, Steinede, Walder, Laurence und Schmarow beschäftigt.

Gerichts-Beitrag.

In sechs Monaten Gefängnis verurteilt das Schöffengericht am Amtsgericht II. das dreizehnjährige Schulmädchen Anna K. aus Lichtenberg, weil dies Kind seinen Lehrer dadurch beleidigt hatte, daß es fälschlich von Unstiflichkeiten berichtete, welche der Mann an ihm begangen hätte. Das Mädchen war vorher schon wegen eines ähnlichen Falles mit einem Verweis bedacht worden. Ob denn die Richter sich nicht vor Augen gehalten haben, daß am allerwenigsten ein Kind das Gefängnis gebietet verläßt? Hoffentlich versuchen die Eltern zur Rettung ihrer Tochter von einer höheren Instanz ein milderes Urteil zu erzielen.

Der Klempnermeister Nibel war mit seiner Frau angeklagt worden, einem Chandra-Bregarnisten einen Gelbbeitrag von 14 000 Mark gestohlen zu haben. Frau Nibel wurde für überführt erachtet und zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Gemann Nibel wurde freigesprochen.

Aus Breslau wird vom Montag berichtet: Wie der „Breslauer General-Anzeiger“ meldet, beginnt heute vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts ein sensationeller Prozeß gegen die frühere Restaurateurin Gertrud Hentschel und zehn weitere Personen wegen Erpressung, Urkundenfälschung, wissenschaftlicher Anschuldnung u. s. w. Die meisten Angeklagten befinden sich in Haft und sind zum Teil wiederholt vorbestraft. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Schubert. Als Verteidiger fungieren Rechtsanwälte Schreiber-Breslau und L. Friedmann-Berlin. Geladen sind 30 Zeugen, darunter Personen von hohem Adel. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß die Angeklagte Hentschel das Vermögen des Grafen Erdmann Weller zu Rogan, mit dem sie intime Beziehungen unterhielt, um Tausende durch Vorspiegelung falscher Thatsachen, Erpressung und Drohung geschädigt, daß sie ferner gegen den Grafen eine wesentlich falsche Anschuldigung eingereicht, und daß sie sich der schweren Urkundenfälschung schuldig gemacht hat. Der Prozeß erregt hier in Breslau und in der Provinz das größte Aufsehen. Gemäß Gerichtsbeschuß ist die Öffentlichkeit während der Dauer der Verhandlungen, die drei Tage in Anspruch nehmen dürften, ausgeschlossen worden.

Duellprügelei. Wegen Zweikampfs (Säbelmensur ohne Binden und Bandagen) wurden von der Strafkammer in Järich der stud. nat. Jangungen und stud. mod. Theobald zu je 3 Monaten 15 Tagen und der Flaschnergehilfe Kallert, der den Saal, in dem der Zweikampf stattfand, gemietet hatte, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Versammlungen.

Eine vorwiegend von Frauen besuchte Volksversammlung wurde am 2. Juli Schweidenerstr. 23/24 abgehalten. In einer eifrigen Diskussion über das kommunistische Manifest beteiligten sich mehrere Rednerinnen.

Die ausländischen Putzarbeiter und Arbeiterinnen hatten sich Montag Vormittag vollständig in der Brauerei Friedrichshain versammelt, um ihre gegenwärtige Situation zu besprechen. Nach den gepflogenen Verhandlungen ist eine wesentliche Veränderung der Situation nicht zu verzeichnen. Die Unternehmer verharren scheinbar auf ihrem eingenommenen Standpunkt, die Anständigen gaben sich das feste Versprechen, in dem Kampfe auszuhalten bis zum äußersten. Den Beschäftigungsgesellschaften gegenüber, die die Fabrikanten zur eigenen Täuschung und zur Täuschung der Fabrikanten anderer Städte in die bürgerliche Presse lancieren, wurden Thatsachen konstatiert, die in eigentümlichem Widerspruch mit der Behauptung stehen, daß der Streik beendet sei. So hat u. a. der Fabrikant Bambus in der Landwehrstraße auf der Suche nach Streikbrechern dem Anständigen Weigert und dessen Frau das Anerbieten machen lassen, bei ihm die Arbeit aufzunehmen, Weiden solle jede Forderung bewilligt werden. Beide lehnten luger Hand ab, fanden aber bald darauf in Neudamm Arbeit. Jetzt ließ es sich der Herr Unternehmer eiligst angelegen sein, seinem Neudammer Konkurrenten zu berichten, daß die beiden Weigert's von ihm entlassen werden mußten, sie

seien Aufwiegler, Feher u. s. w. — In Wirklichkeit hatten sich beide Weigert's nie hervorgehend beim Streik beteiligt. In einem anderen Falle war es einem ausländischen Wollweber gelungen, ebenfalls außerhalb Arbeit zu bekommen, ihm wurde beim Arbeitsantritt eröffnet, daß die Berliner Fabrikanten an Fabrikanten außerhalb Berlins Anschreiben erlassen hätten, des Inhalts, keine Berliner Putzarbeiter oder Weigert einzustellen. In beiden Fällen erfahren die Zumuthungen der Berliner Fabrikanten entschiedene Zurückweisung. Angehts dieses Verzweiflungskampfes ging die Meinung der Anständigen dahin, daß ihnen der endgültige Sieg nicht mehr fern sei. Mit erneutem Muth verließen sie die Versammlung.

Die Lohnbewegung der selbständigen Mühlenmacher bildete den Gegenstand der Verhandlungen in einer gut besuchten Räucher-Tagung, die am Sonnabend im Schützenhause tagte. Gemäß dem Beschluß einer früheren Versammlung sollten die als Hausindustrielle thätigen selbständigen Mühlenmacher am Sonnabend bei allen Fabrikanten, welche die gestellten Forderungen nicht anerkennt, die Arbeit niederlegen; auch hatten sich die Gehülsen und Mansells der Mühlenbranche bereit erklärt, die Bewegung der Selbständigen noch Kräften zu unterstützen. Es handelte sich nun in dieser Versammlung darum, festzustellen, wie viele Fabrikanten die Forderungen bewilligt, wieviel der Selbständigen die Arbeit niedergelegt haben, und welche weiteren Schritte nun zu thun seien. Seitens der Häuserkommission der Selbständigen wurde konstatiert, daß bis jetzt nur 7 Fabrikanten mit Vorbehalt die Forderungen anerkannt haben, und daß es demgemäß bei den übrigen zu einer ArbeitsEinstellung kommen müsse. Ueber die Zahl derer, welche von den 134 bis 140 selbständigen Mühlenmachern, die sich zur Teilnahme an der Bewegung verpflichtet hatten, wirklich die Arbeit niedergelegt haben, konnte die Kommission nichts angeben, da sich das Resultat erst am Montag oder Dienstag feststellen lasse. Um einen ungefähren Ueberblick über die Beteiligung an der Bewegung zu haben, wurden die in der Versammlung anwesenden Selbständigen gezählt. Es waren 78, von denen sich 60 als Streikende meldeten, deren Zahl später noch auf 70 stieg. Man hielt dies Resultat für genügend und proklamierte demgemäß den allgemeinen Streik. Wenn die 70 Selbständigen, die bis jetzt als Streikende zu verzeichnen sind, unter denen, die ihre Teilnahme noch nicht zugesagt haben, eine lebhaftere Agitation treiben und auch diese zum Niederlegen der Arbeit bewegen würden, dann müßte es gelingen, die geringfügigen Forderungen, welche diesmal an die Fabrikanten gestellt worden sind, durchzusetzen. Der Schwerpunkt der Bewegung liege darin, daß vor allem die 6-8 größten Mühlenfabrikanten zur Kapitulation gezwungen werden. Gelingen es, bei diesen die Forderungen durchzusetzen, dann sei der Streik gewonnen. Im andern Falle wäre die ganze Bewegung vergebens. Um die zur konsequenten Durchführung des Streiks erforderlichen Arbeiten erledigen zu können, wurde die Häuserkommission der Selbständigen auf 15 Personen verstärkt. Bezüglich der Geldunterstützung macht Rogge den Vorschlag, daß die in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen von der zweiten Woche ihrer Beteiligung am Streik, die Selbständigen dagegen nach Bedarf zu unterstützen seien. Ein Beschluß wurde hierüber nicht gefaßt. Nachdem nochmals ausdrücklich betont, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen sich mit den Selbständigen solidarisch erklären hätten, und auch die Kollegen der Bergbranche den Streik nach Kräften unterstützen würden, schloß die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf das Gelingen der Bewegung.

Diejenigen Maurer, welche auf dem Boden der losen Vertrauensmänner-Zentralisation stehen, waren zum Sonntag zu einer öffentlichen Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, eingeladen. Auf der Tagesordnung stand: „Die Konferenz der deutschen Maurer am 12. Juli in Magdeburg.“ Das einleitende Referat hatte Kater übernommen, der in seinen Ausführungen besonders die auf der Konferenz zur Verhandlung stehende Frage: Wie kann eine Einigkeit der Maurer Deutschlands erzielt werden? behandelte. Der Redner gab zunächst eine Uebersicht über die bisherigen Organisationsverhältnisse und wies sodann darauf hin, daß bereits wiederholt von den lokalorganisierten Maurern Deutschlands Versuche gemacht wurden, um eine Einigkeit der Berliner Maurer herbeizuführen. Die Versuche seien aber daran gescheitert, daß die Anhänger der zentralen sowohl als der lokalen Richtung nicht geneigt waren, von ihrem Standpunkt abzugeben. Man habe seitens der Zentralisation den strikten Anschluß der lokalorganisierten an den Verband verlangt, was nach den gemachten Erfahrungen keineswegs für die Maurer vorteilhaft sei. Leider könne deshalb von einer einheitlichen Organisation keine Rede sein, wünschenswert sei es aber, die Häuserkommission in derselben Weise wie während der Bewegung weiter bestehen zu lassen, um ein einheitliches Arbeiten zu ermöglichen. Der Redner erörterte sodann die Vortheile der losen Zentralisation und meinte, daß die Verbände durch das Vereinsgesetz gehindert seien, ihre Mitglieder in genügender Weise aufzuklären und daß daher auch die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wenig von ihnen erkannt werden. Bei Lohnbewegungen seien bei dieser Form der Organisation erst langwierige Agitation und Verhandlungen notwendig, so daß die günstige Konjunktur verpaßt und zu spät in Aktion getreten werde, wodurch die Streiks zum Teil verloren gingen. Eine tüchtige Schulung der Arbeiter und die Erziehung zum Klassenbewußtsein sei nur in einer Lokalorganisation angängig, in der infolge der größeren Bewegungsfreiheit eine intensive Agitation möglich sei. Der Redner empfiehlt folgende Resolution zur Annahme: „Zum Zwecke gegenseitiger Unterstützung bei Erkämpfung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen empfiehlt die Versammlung, am Vertrauensmänner-System festzuhalten resp. sich dieser Zentralisation anzuschließen. Die Versammlung hält, angesichts der in letzter Zeit vielfach erfolgten politischen Maßregelungen der Arbeiter-Organisationen einerseits, andererseits aber im Interesse einer größeren Bewegungsfreiheit der Kollegen resp. Organisationen am Orte, diese Organisationsform für uns so notwendiger, als allem Anschein nach auf vereinigte Gebiete die Reaktion rüstig vorwärts schreitet. Die Versammlung ist aus den hier angeführten Gründen nach wie vor von der Ueberzeugung durchdrungen, daß nur die Zentralisation durch Vertrauensmänner zweckentsprechend in die Regelung unserer wirtschaftlichen Fragen eingreifen kann. Die Versammlung empfiehlt deshalb den deutschen Maurern, sich dieser Organisation anzuschließen.“ In der hierauf folgenden Diskussion sprachen: Weierdors, Mehle, Harnisch, Knöppchen und andere für die Aufrechterhaltung der Lokalorganisation und befürworteten die Annahme der Resolution. Sieberschmidt theilt sodann mit, daß die hiesigen Mitglieder der Zentralorganisation in keiner Weise durch das Statut beschränkt worden sind, sondern ihre örtliche Taktik nach dem eigenen Ermessen geregelt haben. Trotzdem habe der Verband aber sofort eine Summe zu der Bewegung deponiert. Daß der Verband imstande sei, Erfolge zu erzielen, beweise die Thatsache, daß in diesem Jahre 36 Lohnbewegungen in den verschiedenen Städten stattfanden und in den meisten Fällen sehr günstig verlaufen sind. Die Anhänger des Verbandes wünschten eine Einigkeit und machten deshalb den Vorschlag, der Zentralisation beizutreten, trotzdem aber zur örtlichen Regelung den allgemeinen Generalfonds beizubehalten. Der Redner bebauert, daß diesem Vorschlag nicht zugestimmt wurde und wünscht, daß die Agitation nach beiden Richtungen hin nicht verlehend wirke. Daraus wurde die Resolution, die den Delegierten zur Richtschnur dienen soll, mit allen gegen eine Stimme angenommen. Als Delegierte wurden Kater, Knöppchen und Mehle gewählt. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß zum Donnerstag, den 9. Juli, eine Versammlung im „Englischen Garten“ anberaumt ist und daß das Stützfest des Vereins am 25. Juli im Schweizergarten stattfinden wird.

Arbeiter-Bildungsschule. Dienstag Abend von 9-10½ Uhr: S. d. o. n. Schule Waldemarstr. 14: Öffentliche Gesundheits-Vorlesung (Nahrungsmittel und Genußmittel, Wohnung und Gesundheit, öffentlicher Kinder-schutz, Schulgesundheitspflege, Fabrikgesetzgebung, Fürsorge für Arbeiterinnen.) Herr Dr. Oskar Heymann. — Nord-Schule, Mühlstraße 179a: Natur-Erkenntnis, Antike und moderne Naturbetrachtung. Revolution durch Kaperismus, Galilei und Newton. Experimentelle Forschung, Philosophie und naturwissenschaftliche Forschung. Innerer Zusammenhang der Naturkräfte. Rob. Wagner, Helmholz. Welch von der Erhaltung der Kraft und des Stoffes. Einheitslehre der Materie. Grundzüge des Darwinismus.) Herr Dr. C. Joel. Bei allen Unterrichtslehren werden neue Theorien, Damen und Herren, jeder Zeit aufgenommen. Arbeiter-Fingerband Berlin und Umgebung. Fortschritte des Ab. Neumann, Posenwalderstr. 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Mantelstr. 49, S. 2. Arbeiter - Handarb. Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Stiller, Kleine Frankfurterstr. 7, 1. Z.

Grund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Alle Zuschriften, den Inhalt betreffend sind zu richten an: Germann 3 u. n., Schönhauser Allee 177 a.

Vermischtes.

Au die Arbeiter-Radfahrer Deutschlands! Da auf dem Pfingsten in Offenbach tagenden Arbeiter-Radfahrerkongress die Gründung eines „Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität“ beschlossen wurde, so richten wir an alle Arbeiter-Radfahrer und Radfahrervereine das Ersuchen, dem Bunde beizutreten.

Zu jeder weiteren Auskunft ist der Unterzeichnete gerne bereit, auch werden jedermann auf Wunsch Statuten und Kongress-Protokolle gratis zugesandt. Der Vorsitzende: Paul Benz, Stuttgart, Hauptstätterstr. 117.

Wie Erzelenz Stephan zu spät aufstand. Zu Anfang dieses Jahres tauchte in den Zeitungen plötzlich die Frage auf, was die Postverwaltung wohl im Jahre 1900 mit ihren Stempeln machen würde. Dieselben fragen bekanntlich nur die letzten beiden Ziffern der Jahreszahl; aber „00“ kann doch die Post nicht schreiben! Damals wurde das Reichspostamt mit unzähligen Vorschlägen überschüttet, so daß es voller Verzweiflung durch die Zeitungen erklären ließ, „man müge sich nicht den Kopf der Post zerbrechen; diese würde die Frage allein lösen.“ Jetzt bringt ein Berliner Blatt die Lösung der Postverwaltung. Dieselbe ist sehr einfach. Die vorhandenen Stempel werden benutzt; zwei Nullen werden eingestellt und in der ersten eine 1, in der zweiten eine 9 angebracht. Das ist eines postalistischen Kolumbus! Nur schade, daß die geniale Entdeckung zu spät kommt. Ein Schlaupop, der Elektrotechniker Ferd. Schneider in Fulda, hat nämlich durch den „Verein Patentschutz“ zu Berlin bereits im April dieses Jahres ein Gebrauchsmuster erhalten für einen „Stempeleinsatz für das Jahr 1900 mit Einstellung der vorderen beiden Zahlen in die hinteren beiden.“ — Erzelenz Stephan kann also ohne Erlaubnis des Besitzers dieses Gebrauchsmusters den eben entdeckten Stempel-einsatz nicht benutzen.

Von der Nordsee. Die Rettungsstation Valtrum telegraphirt: Am 5. Juli wurden von einem hier gestrandeten Schoner 6 Personen durch das Rettungsboot „George Breusing“ der Station gerettet. Der Schoner hatte Holzladung und war von Papenburg nach Eilenferdammersee bestimmt. — Die Rettungsstation Buksum telegraphirt: Am 5. Juli wurden von dem auf Schand gestrandeten Fischkutter Nr. 3228 der Kapitän Griebel und 3 Personen durch das Rettungsboot „Buksum“ gerettet.

Agarische Dichtung. Wegen das Betreten seines Reich-grundstücks hat ein Landwirt in Markwerben (Kreis Weihen-sfeld) am Rande desselben folgenden Vers angeschlagen: „Wer hier auf dieses Grundstück tritt, zahlt auf der Stelle acht Groschen, Und soll' ers Geld nicht haben mit, So wird er fest gedroschen.“ Der Besitzer.

Das Geseh gegen den unläuteren Wettbewerb, das mit dem 1. Juli in Kraft getreten ist, scheint auch einzelnen Verlegern von Zeitungen Schmerzen zu bereiten. Die „Mannheimer Volksstimme“ konstatiert, daß der „Badische Generalanzeiger“ vulgo „Mannheimer Tagblatt“ die Hecce-type Mittheilung an der Spitze des Blattes: Dieses Blatt gelangt infolge seiner großen Auflage täglich zu Händen von etwa 35-40000 Lesern“ seit einigen Tagen weggelassen hat.

Ganz unqualifizierbare Rücksichten auf das „Krophenlöse-Gesindel“ nimmt der Militarismus in Oesterreich. In Wien hat das Stadtkommando angeordnet, daß in Zukunft alle jene Truppenteile, welche an einem öffentlichen Krankenhaus oder einem Privatspital vorbeiziehen, den Vorbeimarsch in der größten Stille zu bewerkstelligen haben, damit die Kranken in ihrer Ruhe nicht gestört werden. Namentlich soll darauf geachtet werden, daß die Tambours nicht schlagen, die Hornisten nicht blasen und das klingende Spiel der Regimentskapelle schon eine geraume Strecke vor und eine eben solche Strecke nach dem Passiren eines Krankenhauses eingestellt bzw. neuerlich nicht ausgenommen werde. Auf die Einhaltung dieser Vorschrift soll mit der größten Strenge geachtet werden. Welch ein Gegensatz zu Berlin, wo stundenlang in der Hofenhaide geknallt wird, während im hiesigen Elisabeth-Hospital die kranken Kinder wuseln.

Pockenepidemie. Aus London wird berichtet: Die Pockenepidemie in Gloucester nimmt täglich an Ausdehnung zu. Bisher sind mehr als 2000 Krankheitsfälle festgestellt worden.

Die Cholera in Egypten. Aus Kairo wird vom Sonntag berichtet: Die Cholera herrscht noch immer heftig. In dem Distrikt Fayum kamen in den letzten sechs Tagen 827 neue Erkrankungs- und 290 Todesfälle vor; in dem Distrikt Charbi erkrankten 147 und starben 112, in den übrigen Egypten erkrankten 342, 271 starben. Unter den ägyptischen Truppen in Wady-Halfa kamen 27 Erkrankungen und 9 Todesfälle an Cholera vor. — Wie die „Daily News“ aus Kairo meldet, sind drei englische Soldaten am Sonnabend in Wady-Halfa an der Cholera gestorben.

Aus New-York wird berichtet: Am Tage der Feier der Unabhängigkeitserklärung barst an der Ecke der Bridgewaterstreet und Vermont Avenue eine alte Kanone. 2 Personen wurden getödtet, 14 schwer verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

P. B. in Chemnitz. O si tacuisses! (Das verstehen Sie doch wohl?) Als Antwort drucken wir bloß Ihre letzte Briefkastennotiz ab:

Vorwärts, Berlin. Die Unwissenheit Ihrer Mitarbeiter, auf welche Sie so viel Werth zu legen scheinen, entschuldigt Sie nicht ganz, denn die stilistischen und grammatikalischen Absonderlichkeiten Ihres örtlichen und Versammlungsteils reichen bei weitem nicht an die Mißhandlungen heran, denen die deutsche Sprache z. B. in Ihrem politischen Theile oft schon ausgesetzt gewesen ist. — Wir können Ihnen das aber beim besten Willen jetzt nicht mehr übel nehmen. Sie wissen ja nicht mal (Ihre Erwiderung zeigt es), daß bei den Zeitwörtern die Tempora eine Rolle spielen; denn Sie sind verwundert (?), daß man da von sowas sprechen kann. Wenn wir das hätten bei Ihnen voraussehen können, hätten wir über Ihre sprachlichen Eigenheiten keine Silbe verloren.

O Sie Unglücklicher! Sie haben Ihren Geniestreich mit den Tempora noch nicht begriffen. Wenden Sie sich doch an Karlchen Meisner. Er wird Ihnen den Sturz vielleicht stehen. Und das will vor den Arbeitern gelehrt thun und will Sektionen in Grammatik geben!

Koffert. Die Sache sollte beim Polizeirevier gemeldet werden. Viechtach kommt die Dame einmal zu uns.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Cohn's Festsaal, Beuthstr. 20, I:
Grosse Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Frh. Ingebl über: "Begehrtheit der Agrarier gegenüber der arbeitenden Klasse".
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Die Zahlstellen befinden sich bei folgenden Genossen: Sommer, Grünstraße 21; Bruch, Neus Friedrichstr. 20; Linke, Jadenstr. 36; Pätzsch, Französischestr. 6.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
298/9
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.

Moabit: Thurmstraße 84 bei Holzschläger.
Wedding und Gesundbrunnen: In Kabe's Salon, Kolbergerstraße 23.
Schönhauser- und Rosenthaler Vorstadt: Bei Mörchel, Schönhauser Allee 29.
Osten: Im Lokal des Herrn Ehler, Fruchtstraße 36a (oberer Saal).
Süd-Osten: Bei Kautenberg, Oranienstr. 180.
Westen und Süd-Westen: Bei Ingebl, Lindenstraße 106. Hierzu sind die Kollegen folgender Werkstätten eingeladen: Knorr, Blumenhaffstr. 5; Neuter, Steinmehlfabrik 24; Reddemann, Groß-Gröbenstr. 35; Scharwüs in Schöneberg.
Tages-Ordnung:
Lohn- und Werkstatthverhältnisse.
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstätte Delegierte zu entsenden.
Die Ortsverwaltung.
301/17

Armaturen-Arbeiter.

Dienstag, den 7. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr,
Große öffentliche Versammlung
im Louisestädtschen Konzerthause, Alte Jakobstr. 37.
Tages-Ordnung: 1. Die gegenwärtige Lage in der Armaturenbranche und der Neunstundentag. 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Aufstellung eines Kandidaten der Dreher zu den Gewerbegerichts-Wahlen.
Die Kollegen werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen, da wichtige Beschlüsse zu fassen sind. Besonders eingeladen sind die Kollegen der Firmen A.-G. Schäffer u. Walker, A.-G. vorm. Kuhle, S. Josef, Schäffer u. Oehlmann, Gäbert, J. Pintsch.
Diejenigen Werkstätten, welche noch keine Vertrauensmänner haben, werden ersucht, solche bis zur Versammlung zu bestimmen.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter
Otto Räther, N., Anklamerstr. 44.

Achtung! Lithographen, Steindruckere, Präger, Prägerinnen und Berufsgenossen Berlins.

Donnerstag, den 9. Juli 1896, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Gründel, Frauenstr. 188, dicht am Rosenthaler Thor:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit der Präger in der Luxuspapier-Fabrik von Pfister u. Co. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Besonders sind die Kollegen (Steindrucker) und Kolleginnen der Firma Pfister u. Co. eingeladen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
103/4
Der Einberufer: Schöpke.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Mittwoch, den 8. Juli 1896, abends präzis 8 Uhr, bei Fischer, Beusselstr. 9:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des Neunstundentages, die allgemeine Lage der Berliner Metallarbeiter und wie stellen sich die Kollegen hierzu? Referent: Otto Räther. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Pflicht eines jeden Kollegen ist, in der Versammlung zu erscheinen, um damit zu beweisen, daß auch wir gewillt, unsere so erbärmliche Lage zu verbessern. Also, Kollegen, erscheint Mann für Mann!
300/9
Paul Quast, Vertrauensmann der Schlosser Berlins, Göchelerstr. 4.

Achtung! Töpfer! Achtung!

Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Alten Schützenhaus, Diniestr. 5:
Große öffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Stellungnahme zur Gründung eines neuen Vereins. 3. Verschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
190/10
Die Kommission.

Klempner!

Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr, bei Bergner, Annenstr. 16:
Sitzung d. Branchen-Vertrauensleute
1. Abrechnung. 2. Verschiedenes.
Kollegen! Folgende Listen vom Klempnerstreik stehen noch beim Unterzeichneten aus: Nr. 68, 61, 80, 85, 95, 98, 176, 191, 192, 228, 242, 266, 288, 289, 292, 312.
Als verloren gemeldet worden sind folgende Listen: Nr. 266, 312.
Bitte dieselben anzuhalten.
300/8
F. Zimmermann, Vertrauensmann der Klempner, Bückerstr. 55.

Max Richter, Grüner Weg 65, Vereinsgeschäftl. Bilder, Büsten (Marx, Engels, Lassalle) jeder Größe nebst Bildereingrahmung. Saaldekoration, Stocklaternen etc. en gros und en detail. 52021.

Orts-Krankenkasse der Vergolder und Berufsgenossen zu Berlin.
Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr, findet bei Pasch, Alte Jakobstr. 88, eine **Ausserordentliche General-Versammlung** der Vertreter der Orts-Krankenkasse der Vergolder und Berufsgenossen statt.
Tages-Ordnung:
1. Antrag des Vorstandes betreffs Änderung der §§ 5, 14, 24, 26, 27.
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht bringend
Berlin, den 7. Juli 1896.
Der Vorstand.
Paul Köpfer, Vorsitzender, Bernauerstraße 17.
Kormann Borchert, Schriftführer, Görlingerstraße 57.

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 5. Juli, starb meine liebe Frau **Jda Bachstein**, geb. Förster. Dieses zeigt Verwandten und Freunden an
25666
Carl Bachstein nebst Kindern, Salzweidestr. 15.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Moabitier Krankenhauses aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin).
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 5. Juli, verstarb unser Mitglied, der Schlosser **Otto Hagen**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. Juli, von der Leichenhalle des Nixdorfer Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Die Beleidigung gegen Frau Klost nehme ich hiermit zurück.
25676
Hallbauer.

Wer Erthaber sucht oder Geschäftsverkauf beabsichtigt, verlange meine ausführlichen Prospekte.
Wilhelm Girsh, Mannheim.

Möbel-Verkauf

des Möbelspeichers **Rosenthalerstrasse 13.** Wegen beabsichtigter Vergrößerung meiner Räumlichkeiten verlaufe ich mein Waarenlager zu noch nie dagewesenen Preisen. Zum Umzuge und für Brautleute ist somit die einzig reelle Gelegenheit gegeben, Ausstattungen, sowie einzelne Stücke gebiegen und billig einzukaufen. Man lasse sich nicht durch unmögliche Anpreisungen blenden, sondern besichtige sich die Möbel, welche man kaufen will, genau und vergleiche dieselben mit meinen nur gebiegenen Möbeln und anerkannt billigsten Preisen. Verkauf ganze Einrichtungen, sowie einzelne Stücke ganz bedeutend billiger als jeder andere Möbelhändler. Auch größtes Lager gebrauchter und vertrieben gewesener Möbel zu wahrhaftigen Spottpreisen: Kleiderständer 15 Mark, Kuschel-Kleiderständer 30, Kuschel-Kleiderständer 35, Kommode 9, Sopha 16, Bettstelle mit Sprungfedermatratze und Reilissen 18, Spiegel 9, Stühle 2, Kuschelbaumtrümmel mit Stufe 60, Kuschelgarnitur 50, neue, hochfeine Kuschelgarnitur 105 Mark. Hochfeine Kuschelbaum- und Mahagoni-Möbel spottbillig. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Kein Abzahlungs-Geschäft. Eigene Tapezierwerkstätten, vier große Möbelspeicher. Gekaufte Möbel können kostenfrei auf meinen Lagerständern 3 Monate stehen bleiben und werden dann durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb.

Fruchtweine

Johannisbeerwein, weiß und roth, Stachelbeerwein, Heidelbeerwein 3 Hl. (40 Liter) 75 Pf., 4 Liter 1 Mark 25 Pf.
1/10 Liter.
pro Glas.
Kochhalle der Berliner Groß-Dehlmanns Berliner Gewerbe-Vereinigung Elektr. Licht- u. Gasanstalt, Warschauerstr. 10.
Eugen Neumann & Co.
Detail-Verkaufsstellen:
Behr-Altmarkt 6a, R. Friedrichstr. 81, Oranienstraße 8, Gendarmenstr. 29. Potsdam: Döberstr. 7.

Achtung! Musikinstrumenten - Arbeiter! Achtung!

Dienstag, den 7. Juli, abends 8 Uhr, bei Henke, Rannynstr. 27:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Beschlüßfassung über die weitere Unterstüßung der Gemafregelien und die Auflösung der Lohnkommission.
286/19*
Zahlreiches Erscheinen notwendig.
Die Lohnkommission.

Achtung, Putzer!

Mittwoch, den 8. Juli, abends 6 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 38:
Versammlung
der Baudeputierten der Putzer Berlins und Umgebung.
140/18
Sämmtliche Bantten müssen durch einen Deputierten vertreten sein.
Die Lohnkommission der Putzer Berlins und Umgebung.

Grosse öffentliche Versammlung der selbständigen Mützenmacher und deren Arbeiter und Arbeiterinnen

am Mittwoch, den 8. Juli 1896, morgens 9 Uhr.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Hoffmann über „Kampf zwischen Kapital und Arbeit.“
2. Diskussion.
3. Die augenblickliche Lage des Gewerks.
25696
Die fünfzig-Kommission.

Achtung! Weißensee. Achtung!

Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Schloß Weißensee (Winteraal):
Große öffentliche Volksversammlung
Tages-Ordnung:
1. Die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien. Referent: Reichstags-Abgeordneter Max Schippel. 2. Diskussion.
25698
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann.

M. Schulmeister 4977*
Schneidermeister,
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
empfiehlt zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:
Paletots echtfarbig in Satin und Diagonal von M. 15-30
i. hochf. Rammg.- u. Cheviot-Stoffen 20-35
Sackjacons, ohne Naht 18-27
Jaquet-Anzüge in gebieg. wollenen Zwirnstoffen, 1. u. 2reihig 16-24
Jaquet-Anzüge in glatten Diagonal-, Rammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1. u. 2reihig 20-35
Jaquet-Anzüge modernster Farben in Satin u. englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung 22-36
Mod-Anzüge i. guten, wollenen, schwarz. Rammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Jacons 25-38
Mod-Anzüge modernster Farben, elegante Schnitt- Jacons 30-42
Gehrod-Anzüge von feinen Satin-, Tuch- und Rammgarn-Stoffen, 2reihig 30-45
Sport- u. Radfahrer-Anzüge, Loden-Mäntel von 9 M. an.
Beinkleider in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Rammgarn und Cheviot, von M. 5-10
Beinkleider in echtfarbigem Wachsstoffen 2-5
Hausjoppen, Hüter- und Cademir-Jaquets 1-6
Knabenpaletots, Knabenanzüge kleidsam. Jacons in gr. Auswahl.
Schulanzüge in Wachsstoffen, echtfarbig, in Joppen- und Jaquetfacon 2-5
Schulanzüge in Cheviot-, Velour- und dauerhaftem Zwirnstoffen, 1. und 2reihig 2-5
Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Begründung des Geschäfts 1878.

Die fabelhafte Vermehrung

der Wangen ist ohne Gleichen und ist daher eine gründliche Ausrottung nur mit einem sicher bewährten Mittel möglich. Soviel wir wissen, ist das **konzentrierte Wangen-Fluid** das einzige derartige Mittel, da es nicht nur die Wangen auf der Stelle tödtet, sondern auch die Keimer derselben zerstört. Dasselbe ist jedoch nur ebenso wie das gegen die Schwaben als wirklich radikal bekannte **Poudre Martial** unter Garantie nur direkt beim Fabrikanten selbst, Herrn **Otto Reichel**, Eisenbahnstr. 4, in Flaschen zu 50 Pf., 1.00, 2.00 und 3.00 M., nebst Sprühpapparat zu 50 Pf. erhältlich und wird jede schriftliche oder telefonische Bestellung hiersebst nach jeder Wohnung frei geliefert.

B. Günzel, Lothringersstraße 52.

sozialistischer Führer, Lassalle, Marx etc. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten Bildern u. dgl. sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Drechslerant.)
Restaurations-Verkauf! Wegen Verzug nach außerhalb (in eigenes Haus) ist eine Restauration, voller Schank, äußerst geringe Mietho, Fabrik mit 6 Werkstätten im Hause, zu verkaufen. Klavier, Automat und 2 Regalbahnen je nach Wunsch mitzukaufen. Restitanten können sich melden in **C. Blaurock's Restauration, Gipsstr. 16.** 54572*

Hackescher Markt 4 J. Brünn Am Stadtbahnhof Börse.

Nach beendeteter Saison gelangen nunmehr zum
Ausverkauf:
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaren!
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.
54471*